

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Januar 2000 Nummer 219
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Politik

Seattle ist geplatzt. Und nun?

Ist das gut für unsere Landwirtschaft, dass die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle gescheitert ist? Ein Kommentar blickt eher skeptisch auf die nun weiterlaufenden Verhandlungen hinter verschlossener Tür. Ein Bericht erklärt den Ablauf der Verhandlungen in Seattle. **Seiten 2 und 3**

Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Alterskasse (Rente), Krankenversicherung, Unfallversicherung. Dafür sind die eigenständigen Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung zuständig. Hier soll reformiert werden. Das will gut überlegt sein, denn eine Reihe von Besonderheiten steht auf dem Spiel. **Seite 7**

Bewegung

„Lasst uns über Zukunft reden“

Nicht so sehr, weil alle „Millennium“ schreien, sondern weil sich in vielen Felder der Gesellschaft und auch der Landwirtschaft vieles ändert, will Hugo Gödde über die Zukunft reden. Im Interview kommt er zu interessanten Ergebnissen. **Seiten 13 – 14**

Abl-Mitgliederdebatte

So, wie die Mitgliederversammlung 1998 von Aufbruchstimmung bestimmt war, so dominierte diesmal die Enttäuschung. Als Konsequenz besann man sich auf die Unabhängigkeit von den Parteien und stieß dabei auf die bohrende Frage, was uns heute noch die Bäuerlichkeit zu sagen hat. **Seiten 11 – 12**

Markt

Zusätzliches Fressen auf artgerecht

Auch die artgerechte und ökologische Tierhaltung kommt ohne einige legale, aber eben synthetisch erzeugte Futtermittelzusatzstoffe wie Vitamine nicht aus. Ist das schlecht? Gibt es Alternativen? **Seite 17**

Biomolkerei wird international

Die größte Biomolkerei in Deutschland, die Andechser Molkerei Scheitz, hat einen neuen, mächtigen Partner: den französischen Konzern Bongrain. **Seite 15**

Der kritische Agrarbericht 2000
2000

Der Bauernverband jubelt; eine Schlacht sei gewonnen. Obwohl man von ihm so gut wie nichts in Seattle gesehen hat, ist es auch ansonsten nicht unbedingt angebracht, aus Bauernsicht von einem Sieg zu sprechen. Denn was kommt nach Seattle? Jedenfalls nichts Gutes. Die Landwirtschaft gehört nach geltendem WTO-Abkommen neben dem Dienstleistungssektor zu den ganz wenigen Themen, über die ab 2000 auch ohne die geplante „Millennium-Runde“ weiterverhandelt werden muss. Der Vorteil einer Einbindung der Agrarverhandlungen in eine „Runde“, bei der viele Themen gleichzeitig anstehen, wäre gewesen, dass die EU Verhandlungsmasse gehabt hätte, um sich im Agrarbereich nicht kompromissbereit zu zeigen. Nun hat die EU aber ihren Gegenspielern im Agrarbereich nichts in anderen Bereichen anzubieten. Jetzt müssen Kompromisse innerhalb der Agrarverhandlungen gesucht werden. Die Bauern haben es auszufeuchten.

Nehmen wir den Bereich der Exportsubventionen. Das ist der empfindlichste Bereich, weil eine weitere Reduzierung sofort bedeutet, dass die EU nicht mehr weiß, wohin mit den Getreide- und Rindfleischüberschüssen. Da hat sie nur noch die Möglichkeit, die Preise weiter zu senken in der Hoffnung, dass weniger produziert wird, oder die Flächenstilllegung zu erhöhen. Extensivierungsmaßnahmen kommen auch an die Grenzen der WTO-Konformität, es sei denn, sie werden echt vom Produkt abgekoppelt oder in wirkliche Umweltprogramme überführt. Nun werden die Agrarverhandlungen wohl in Genf im WTO-Ausschuß für Landwirtschaft stattfinden. Dessen Regeln sind nicht dazu angetan, von außen Einfluss auf die Verhandlungen zu nehmen: Die Ausschusssitzungen sind streng vertraulich, die Protokolle werden erst nach einem halben Jahr zugänglich gemacht. Unsere Karten der demokratischen Mitbestimmung sind minimal. Innerhalb einer „Millennium-Runde“ wäre das anders.

KOMMENTAR Seattle

Solche Runden sind höchst politisch, sie werden gut beobachtet. EU-Agrarkommissar Fischler hat gleich nach Seattle angedeutet, dass die Kompromisse, die in Seattle erzielt wurden, für die EU nicht mehr verbindlich sind. Jetzt geht das Gezerre wieder von vorne los. Die Kraft, die jetzt in eine Neufestlegung der Verhandlungsziele gesteckt werden muss, geht dem wirklichen Reformprozeß an Qualität verloren. Seattle ist nicht an der Landwirtschaftsfrage gescheitert. Entgegen allen Unkenrufen wurde dort ein tragbarer Kompromiss gefunden, mit einem meiner Ansicht nach – was die Rolle der Entwicklungsländer anbelangt – recht passablem Ergebnis. So sind die Entwicklungsländer mit Ernährungssicherheitsproblemen die eigentlichen Verlierer der gescheiterten Runde. Unter den deutschen Landwirten werden bei den weltmarktorientierten die Zähne über das Verhandlungsergebnis geknirscht haben.

Die starken Rückzüge der EU von subventionierten Exportmärkten sind aber eingehandelt worden mit einer Stärkung der so genannten „nicht-handelsbezogenen Anliegen“. Zwar taucht das hoch politisierte Wort der „multifunktionalen Landwirtschaft“ nicht auf, aber die Sachverhalte sind erwähnt. Ist das nicht die Richtung der Abl.: stärkere Zuwendung zum Binnenmarkt durch regionalisierte Vermarktung und spezielle Qualitäten? Natürlich ist von der WTO für die Bauern nichts Gutes zu erwarten. Aber das für die EU maximal erreichbare Verhandlungsergebnis ist jetzt auch noch gefährdet. Lässt sich nur hoffen, dass die Krise der WTO durch die Straßenproteste und durch die Konflikte zwischen den Regierungen zu einer Schwächung der ganzen WTO, zu ihrer Reform und zu einer Entschleunigung der Globalisierung führen. Dann wäre das Scheitern in Seattle ein Sieg; ob für die Bauern auch etwas davon abfällt ist gleichwohl fraglich.

Dr. Rudolf Buntzel-Cano, Evangelisches Bauernwerk
Württemberg, Forum Umwelt & Entwicklung

Rindfleisch in der Diskussion

Der Streit um die Aufhebung des Einfuhreverbots für britisches Rindfleisch tritt in die heiße Phase. Die Bundesländer fordern verbindliche Kennzeichnung

Wenn das Gerangel um das deutsche und französische Einfuhrverbot für Rindfleisch aus Großbritannien noch lange anhält, wird das möglicherweise zu einer erneuten Verunsicherung der Verbraucher und Verbraucherinnen und zu einem Rückgang des Rindfleischkonsums führen. Darauf hat zum Beispiel gerade der Bayerische Bauernverband hingewiesen. Doch aus Sicht der verschiedenen Akteure im Streit um das Einfuhrverbot geht es um mehr als um mögliche Absatzeinbußen.

Die französische Regierung ist bei diesem Thema derzeit einer der Hauptakteure. Sie hat über Wochen mit der britischen Regierung über Maßnahmen verhandelt, die von den Briten noch zu ergreifen seien, bevor das Importverbot nach Frankreich gelockert wird. Diese Verhandlungen zeigten durchaus Ergebnisse: Ende November einigten sich die beiden EU-Länder auf eine gemeinsame „Vereinbarungserklärung“. Das schien der Durchbruch zu sein. Doch mitnichten.

Selbstbewusste Franzosen

Der französische Präsident Lionel Jospin verkündete Mitte Dezember vor den Fernsehkameras, dass man natürlich an dem Rindfleischembargo festhalten werde. Die EU-Kommission hat daraufhin die erste Stufe eines so genannten Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet, denn ihrer Auffassung nach bricht Frankreich – wie in abgeschwächter Form auch Deutschland – mit der Aufrechterhaltung des Importverbots geltendes EU-Recht. Die EU hatte das aus Anlass der BSE-Krise im Jahr 1996 verhängte Exportverbot für britisches Rindfleisch zum 1. August 1999 weitgehend aufgehoben. Die Franzosen kümmern das wenig. So ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof dauert wenigstens ein Jahr. Die offizielle Begründung der französischen Regierung lautet, dass von britischem Rindfleisch „plausible, aber nicht quantifizierbare“ Risiken für die menschliche Gesundheit ausgingen.

Deutsche weniger stur

Als zweiter, nicht ganz so sturer Querkopf erweist sich in der Angelegenheit Deutschland. Hier wird das Spiel um Positionen jedoch komplizierter. Denn der Verbraucherschutz ist in Deutschland weitgehend Sache der Bundesländer. Und wenigstens vier von ihnen, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen und das Saarland, sind immer noch gegen die Aufhebung des Einfuhrverbots. Eigentlich sollte auf der Bundesratssitzung am 17. Dezember eine Einigung gemeinsam mit

der Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer (Grüne) erreicht werden, doch das klappte nicht ganz. Es gab nur eine Erklärung zum Thema.

Danach wollen sich die Bundesländer nicht mehr grundsätzlich gegen eine Wiederzulassung von Rindfleischimporten aus England sperren, sondern verbinden das mit der deutlichen Forderung nach einer obligatorischen Kennzeichnung von Rindfleisch. Die Länderkammer fordert die Bundesregierung auf, diese verbindliche Kennzeichnung bereits zum 1.1.2000 sicherzustellen und sich gleichzeitig auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Kennzeichnung auch EU-weit möglichst schnell vorgeschrieben und durchgesetzt wird. Auf keinen Fall dürfe – wie von der EU-Kommission vorgeschlagen – die Kennzeichnungspflicht auf den 1.1.2003 verschoben werden. Weil aber nun die EU-weite Kennzeichnungspflicht nicht zum 1.1.2000 umgesetzt wird, müsse die EU Deutschland mindestens erlauben, Rindfleisch so zu kennzeichnen, dass ersichtlich wird, aus welchen Staaten importiertes Fleisch stamme (Herkunft des Schlachtkörpers und Aufzuchtort des Tieres). Bezüglich der Ausgestaltung der Rindfleisch-Etikettierungsvorschriften sieht der Bundesrat ebenfalls Verbesserungsbedarf, da bislang nur frisches Rindfleisch und nicht verarbeitete Fleisch bzw. dessen Produkte gekennzeichnet werden müssten.

Ob die EU-Kommission und der EU-Agrarministerrat auf diese Positionen eingehen werden ist offen. Die Kommission hat vorsorglich schon mal angedroht, auch gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. *uj*



Noch reicht die Kennzeichnung von Rindfleisch nicht zwingend bis zur Ladentheke.

Trotz Scheitern in Seattle wird weiter verhandelt

Die Ministerkonferenz der WTO im US-amerikanischen Seattle ist gescheitert. Über Landwirtschaft wird jetzt separat verhandelt

Die Ministerkonferenz der Welt-Handelsorganisation (WTO) ist trotz nächtlicher Sitzungsmarathons ohne bindende Ergebnisse beendet worden. Dennoch starten im Januar 2000 in Genf die WTO-Verhandlungen zum Agrarbereich. Darauf hatten sich die HandelsministerInnen bereits 1993 zum Abschluss der letzten GATT-Runde (Uruguay-Runde) verständigt.

Es ist mit einem zähen Verhandlungsverlauf zu rechnen, denn die EU kann die Agrarfrage nun vorerst nicht mehr in einer großen Verhandlungsrunde unterbringen, wo sie zu einem Abbau von Exportsubventionen im Austausch gegen Vorteile in anderen Bereichen bereit gewesen wäre. Andererseits bietet die Tatsache, dass jetzt über das Agrarabkommen für sich verhandelt wird, die Chance zu einer grundlegenden Korrektur und Reform des Abkommens jenseits einer reinen Liberalisierungslogik.

USA/Cairns versus EU

Die Kontroversen im Agrarbereich hatten bereits im Vorfeld der Ministerkonferenz dafür gesorgt, dass vor dem Abflug der Delegationen nach Seattle kein brauchbarer Entwurf mehr zustande kam. Die Hauptkontrahenten sind zum einen die USA plus Cairns Group, ein Zusammenschluss bedeutender Agrarexporteure, dem auch eine Reihe Entwicklungsländer angehören (Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, Neuseeland u.a.), zum anderen die EU „plus friends“ (im Vorfeld von Seattle: Japan, Südkorea, Norwegen, Schweiz). Die ersteren fordern eine weitere Liberalisierung des Agrarsektors und die Abschaffung der Exportsubventionen, die anderen wollen ihren Agrarbereich weiter schützen und führen als Argument dafür den „multifunktionalen“ Charakter der Landwirtschaft ins Feld.

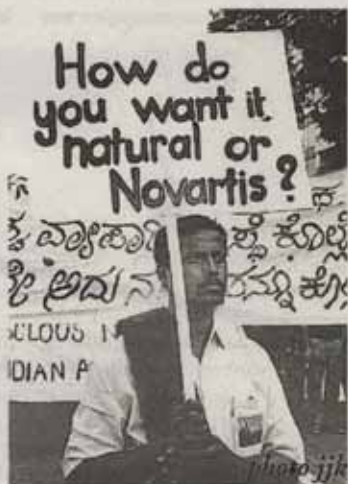
Die Interessen der Nicht-Cairns-Entwicklungsländer bleiben bei diesem Kampf der großen Blöcke um Marktanteile allzuleicht auf der Strecke.

Entwicklungsländer

Viele Entwicklungsländer betonten vor Seattle, dass die bestehenden Abkommen bislang nur einseitig, nämlich zu ihren Lasten umgesetzt worden seien. So mussten die Entwicklungsländer ihre Märkte für Agrarprodukte aus dem Norden weiter öffnen, während die Senkung von Importzöllen in den Industrieländern nicht zu einem besseren Marktzugang für die Ent-

wicklungsländer geführt hat. Dort, wo Produkte aus Entwicklungsländern mit denen der Industrieländer konkurrieren, z.B. beim Zucker, wurde der Protektionismus des Nordens ungebrochen beibehalten. So ist es nur zu verständlich, dass viele Entwicklungsländer zunächst die Umsetzung und Korrektur bestehender Abkommen zur Voraussetzung für weitere Liberalisierungsschritte erhoben.

In einem gemeinsamen Vorschlag forderten Kuba, die Dominikanische Republik, Ägypten, El Salvador, Honduras, Indien, Indonesien, Malaysia, Nigeria, Pakistan, Sri Lanka, Uganda



Die indischen Bauern demonstrierten auch in Seattle gegen die Gentechnologie, weil mit ihr die Abhängigkeit von internationalen Konzernen noch weiter zunimmt. Foto: jkk

und die Cairns-Länder Indonesien und Malaysia, dass Entwicklungsländern, deren Volkswirtschaften von der Landwirtschaft dominiert sind, ausreichend Flexibilität zur Berücksichtigung ihrer nicht-handelsbezogenen Anliegen wie Ernährungssicherheit und ländliche Entwicklung eingeräumt werden müsse.

Multifunktional?

Auch die meisten Nichtregierungsorganisationen (NRO) weltweit sind der Auffassung, eine nationale Unterstützung des Agrarsektors sei aufgrund der fundamentalen Bedeutung für Ernährungssicherheit, Beschäftigung und soziale Strukturen auf dem Lande legitim bzw. notwendig. Auch wenn sich der Kernbegriff der EU-Position, die „Multifunktionalität“ der Landwirtschaft, ähnlich anhört, wird an der Glaubwürdigkeit der EU-Position stark gezweifelt. Denn die EU ver-

sucht damit, ihre Subventionspolitik zu rechtfertigen und Exportsubventionen zu sichern. Mit der Agenda 2000 setzt sie weiterhin auf eine exportorientierte Intensivlandwirtschaft. Die CPE (Europäische Bauernkoordination) wirft ihr deshalb vor, ihre Agrarpolitik zerstöre weiterhin, was sie weltweit zu schützen vorgebe.

Verhandlungsverlauf

In Seattle hat der Schulterschluss zwischen USA und Cairns-Ländern, in Verbindung mit Gerüchten, Indien als mächtigster Vertreter der sogenannten „like-minded-group“ von Entwicklungsländern hätte sich der Cairns-Position angenähert, die EU anscheinend stark in Bedrängnis gebracht. Bereits am ersten Verhandlungstag zeigte sich die EU in einem mit Ungarn, Japan, Korea, Schweiz und der Türkei abgestimmten Papier kompromissbereit und erklärte die Bereitschaft zur substantiellen Reduktion ihrer Exportsubventionen und anderer handelsverzerrender Unterstützungsmaßnahmen. Sie betonte aber die „multifunktionale“ Rolle der Landwirtschaft, wobei soziale und wirtschaftliche Funktionen für ländliche Gebiete, Schutz der Umwelt, Ernährungssicherheit, Verbraucherschutz und Tierschutz erwähnt wurden. Im gleichen Text erklärte die EU-Kommission ihre Bereitschaft zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Biotechnologie und kam so den USA entgegen, die hierüber Exportmärkte für gentechnisch veränderte Produkte u.a. in der EU öffnen wollen.

Am letzten Verhandlungstag kursierte in Seattle ein Entwurf der Abschlusserklärung, in dem Multifunktionalität als Begriff nicht mehr auftauchte, jedoch die genannten Punkte (mit Ausnahme des Tierschutzes) als nicht handelsbezogene Anliegen genannt wurden. Der Entwurf sah eine substanzielle Reduktion aller Exportsubventionen unter Einbeziehung anderer Formen der Exportförderung mit Subventionscharakter vor, mit dem Ziel der Abschaffung aller Exportsubventionen. Diese Formulierung war ein Kompromiss zwischen USA/Cairns („Abschaffung“) und der EU („unter Einbeziehung anderer Formen der Exportförderung“).

Die verschiedenen offiziellen Arbeitsgruppen kamen jedoch gar nicht mehr zusammen. Die Verhandlungen hatten sich in „Green Room Beratungen“ verlagert, deren Ort nicht bekanntgegeben wurde und zu denen nur Vertre-

terInnen ausgewählter Länder auf Einladung der Konferenzleiterin, US-Handelsministerin Charlene Barshefsky, Zugang hatten.

Scharfer Protest

Gegen dieses Vorgehen protestierten Entwicklungsländer scharf und kündigten an, dem Abschlussdokument nicht zuzustimmen, wenn ihre Belange nicht berücksichtigt würden. Die Erklärung der Afrikanischen Staaten hierzu enthält folgende Forderungen für den Bereich Landwirtschaft: besondere Bestimmungen für Entwicklungsländer, Modalitäten zur Erleichterung von produktivitätssteigernde Investitionen im Agrarbereich, Regelungen zur Unterstützung der am wenigsten entwickelten nahrungsmittelimportierenden Länder, Flexibilität für Entwicklungsländer zur Berücksichtigung ihrer nicht handelsbezogenen Anliegen.

Eine Abschlusserklärung wurde dann tatsächlich nicht verabschiedet. Es ist schwer sagen, ob dies am Widerspruch der Entwicklungsländer lag, am Konflikt zwischen USA/Cairns und „EU + friends“ im Agrarbereich, ob daran, dass die US-Amerikaner lieber nach den Präsidentschaftswahlen verhandeln wollen, oder an einer Mischung aus allem.

„Alles vom Tisch“

Auf der Pressekonferenz der EU-Kommission kurz nach Bekanntgabe des Scheiterns war der EU offensichtlich sehr daran gelegen, deutlich zu machen, dass die in Seattle ausgearbeiteten Kompromissvorschläge im Agrarbereich keinesfalls die Ausgangsbasis für die weiteren Verhandlungen darstellten. „Die Papiere sind vom Tisch“, sagte EU-Agrarkommissar Fischler. Grundlage der Verhandlungen seien jetzt wieder allein die Vorgaben des bestehenden Agrarabkommens. Darin ist als langfristiges Ziel die substantielle progressive Reduktion von Unterstützungsmaßnahmen und Protektionismus genannt. Dabei sollen die Erfahrungen bei der Umsetzung bestehender Vereinbarungen sowie die Effekte auf den Weltagrarhandel und auf nicht-handelsbezogene Anliegen wie Umwelt und Ernährungssicherheit berücksichtigt werden. Diesen Zusatz gilt es erstens zu nehmen als bisher, das hat das selbstbewusstere Auftreten der Entwicklungsländer in Seattle gezeigt.

Silke Spielmanns,

BUKO Agrar Koordination

Amt ließ Rinder ohne Ohrmarken erschießen

Vor dem schwedischen Landwirtschaftsamt in Jönköping haben kürzlich mehr als 100 Bauern gegen die EU-Bürokratie und die Art der Durchsetzung der Rinderkennzeichnung demonstriert. Anlass der Bauern-Demonstration war das so genannte „Rinder-Massaker“: Anfang Oktober hatte das Landwirtschaftsamt sechs Chârolaisrinder eines Bauern in Ljungskille erschießen lassen, allein weil sich der Bauer weigerte, den Tieren Ohrmarken einzuknipsen. Die Tiere hatten kein Leiden, außer dass ihnen die Ohrmarken fehlten, die EU-weit als Grundlage der Registrierung der Rinder und Fleisch-Kennzeichnung vorgeschrieben sind. In der schwedischen Bauernschaft sowie der übrigen Bevölkerung rief das Rinder-Massaker breite Entrüstung hervor. An der Kennzeichnungspflicht änderte sich nichts. *uj*

Eurotoques sucht Regional-Köche

Die Köche-Initiative „Eurotoques“ ruft für den 26. Mai 2000 zum „3. Europäischen Koch-Festival“ auf, das in Restaurants in allen europäischen Ländern gleichzeitig stattfinden wird. Ziel ist – wie schon 1999 –, regionale Produkte und Erzeuger zu unterstützen und eine Küche zu etablieren, die regionale Spezialitäten lebendig hält und weiterentwickelt. Eurotoques, die „Europäische Union der Spitzenköche“, ruft Köche und Restaurants auf, sich an der Aktion zu beteiligen. Das Kochfestival wird wieder von einem breiten „Regenbogenbündnis des guten Geschmacks“ getragen. Infos über einen Faxabruf: 07184-292-138 oder www.eurotoques.de.

Förderpreis Landschaften 2000 ff

„Welche Landschaften brauchen wir in Mitteleuropa im nächsten Jahrhundert? Seznarien, Leitbilder, Visionen und Instrumente einer nachhaltigen Entwicklung der Kulturlandschaften“. Arbeiten zu diesem Thema sucht der Förderkreis für Raum- und Umweltforschung für seinen Förderpreis 2000. Die Arbeiten (max. 20 Seiten, Autoren bis 35 Jahre) müssen bis zum 24.02.2000 eingereicht werden beim Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e.V., Hohenzollerstr. 11, 30161 Hannover, ☎ 0511-34842-39, Fax: -41, E-mail: FRU@arlnet.de.

Golßen bleibt

Die befürchtete Schließung der Kartoffelstärkeproduktion im brandenburgischen Golßen (die Bauernstimme berichtete) ist vorerst vom Tisch. Die Muttergesellschaft Emsland-Stärke reagierte auf die Proteste und sagte zudem zu, dass aus der Region keine Stärkekartoffel-Lieferrechte abgezogen werden. *en*

Bauer pflügt Nato-Pipeline an

Ein belgischer Bauer hat beim Pflügen eine geheime Treibstoff-Pipeline der Nato beschädigt. Aus dem Leck sprudelte eine 15 Meter hohe Kerosin-Fontäne, bis das Loch geschlossen wurde. *en*

Stromdurchleitung geregelt

Die Verbände der Stomwirtschaft haben eine neue Verbändevereinbarung zur Regelung der Stromdurchleitung unter den Bedingungen des liberalisierten Energiemarktes unterzeichnet. Ab 1.1.2000 werden damit die Stromlieferverträge aus zwei Teilen bestehen: zum einen den Energiekosten und zum anderen den Netzzugangskosten. Dabei ist noch unklar, ob die Kosten für den Wechsel des Energieversorgers als Pauschale nur auf den Wechsel oder auf alle Netzkunden umgelegt werden. Zumindest wird es aber mit der neuen Verbändevereinbarung den Stromversorgern nicht mehr, wie in der Vergangenheit möglich sein, entweder horrende Summen für die Netzdurchleitung bei Wechselkunden zu verlangen oder gar die Durchleitung gänzlich abzulehnen. Die Stellung kommunaler Kraft-Wärme-Koppelungs-Anlagen (KWK) soll mit der Einführung eines Bonus für KWK-Strom von 3 Pf/kWh verbessert werden. *cs*

Bt-Gift im Boden

Der gentechnisch veränderte Bt-Mais gibt das von ihm produzierte Insektengift an den Boden ab. Forscher der New York University fanden das Gift des *Bacillus thuringiensis* in unmittelbarer Wurzelnähe der Pflanzen wo es über die gesamte Versuchsdauer von 234 Tagen aktiv blieb. In wie weit es in natürlicher Umgebung Schäden unter den Bodenlebewesen anrichtet ist noch nicht abzuschätzen. Bt-Mais-Hersteller Novartis erklärte natürlich, dass es keine negativen Folgen der Abgabe an den Boden gebe und das Gift nach der Verrottung der Maispflanze schnell abgebaut werde. *cs*

Aufwind für die regenerativen Energien

Ein Gesetzentwurf sieht deutlich höhere Vergütungssätze für Strom aus Wind, Sonne und Biomasse vor

Am 16. Dezember fand im Bundestag die 1. Lesung des Novellierungsentwurfes zum Stromeinspeisegesetz statt, den die Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingebracht hatten. Das neue Gesetz mit dem programmatischen Namen „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) soll nach den Wünschen der Koalition bis März/April 2000 verabschiedet werden und dann rückwirkend zum 1.1.2000 gelten. Es ist im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die wesentlichen Inhalte der Novelle in das Gesetz übernommen wer-

unter den EVUs herbeizuführen.

– Künftig sollen auch Grubengas, Geothermie (Erdwärme) und Photovoltaik (Solarzellen) in die Vergütungsregeln miteinbezogen werden.
– Zur Sicherung der Kraft-Wärme-Kopplung (KKW) wurde ein weiterer Gesetzentwurf vorgelegt.

Neue Vergütungssätze

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Vergütungssätze liegen für Biomasse bei 20 Pf/kWh für Anlagen bis 500 kW, bei 18 Pf/kWh bis 5 MW sowie bei 17 Pf/kWh bis 20 MW. Gegenüber der aktuellen Ein-

speisevergütung von 14,69 Pf/kWh bedeutet das eine enorme Verbesserung, zumal die meisten landwirtschaftlichen Biogasanlagen nicht an die 500 kWh-Grenze kommen.

Windstrom soll nach einem Referenzstandardmodell mit degressiven Sätzen zwischen 17,8 Pf/kWh und 13 Pf/kWh vergütet werden, bei unterschiedlicher Degressionszeit je nach Standortqualität.

Der Garantiepreis für Photovoltaik soll für den Anfang bei 99 Pf/kWh liegen, um einen Anreiz für diese Technik zu schaffen, und danach um jährlich 5% reduziert werden. Diese Anpassung ist auch aus wettbewerbsrechtlichen Gründen notwendig, um nicht dem Vorwurf der Überförderung ausgesetzt zu sein. Auch für die übrigen regenerativen Verfahren sind Überprüfungszeiträume und Korrekturmöglichkeiten bei den Vergütungssätzen im Entwurf



Durch höhere Vergütung soll mehr „Öko“-Strom ins Netz fließen. Foto: Jasper

den, zumal auch Abgeordnete der Opposition hinter den Kulissen bereits Zustimmung signalisiert haben.

Die wichtigsten Eckpunkte in Kürze:

– Die Vergütung von regenerativ erzeugtem Strom soll nicht mehr gekoppelt an den durchschnittlichen Strom-Endabnahmepreis, sondern nach festen Garantiepreisen erfolgen. Das soll verhindern, dass die Strompreissenkung im Zuge der Liberalisierung des Marktes die Rentabilität der regenerativen Energien in Frage stellt.

– Der 5%-Deckel für die Annahme von regenerativ erzeugtem Strom durch ein Energieversorgungsunternehmen (EVU) soll fallen. An Stelle dessen ist ein Umlageverfahren auf Netzebene vorgesehen, um einen bundesweiten Kostenausgleich

vorgesehen.

Da mit dem neuen EEG der Marktanteil der erneuerbaren Energien bis 2010 verdoppelt und somit die Weiterentwicklung dieser Technologie spürbar angeschoben werden soll, ist es absolut wichtig, dass dieses Gesetz auch dem europäischen Wettbewerbsrecht standhalten kann. Deshalb können sich die im Entwurf angegebenen Vergütungssätze und -modalitäten bis zur Verabschiedung in Details durchaus noch ändern. Auch aus Sicht der Anlagebetreiber ist sicherlich noch an manchen Stellen Korrekturbedarf. Die wesentlichen Inhalte werden jedoch auf jeden Fall im Gesetz wiederzufinden sein.

Elisabeth Waizenegger

Weitere Infos, u.a. den Gesetzentwurf, im Internet unter www.wind-energie.de

Kampf gegen Nachbaugebühren in neuen Dimensionen

Länderübergreifende Konferenz stellt die Internationalität der Problematik heraus

Vom 03. - 04.12. 99 lud die französische Organisation gegen Nachbaugebühren CNDSF (Coordination Nationale pour la Defense des Semences Fermieres) zu einem zweitägigen Seminar nach Paris ein. Dort vertreten waren 7 landwirtschaftliche Interessensvertretungen aus Europa (Frankreich, Deutschland, Niederlande, Spanien, Belgien, Portugal, Schweiz) sowie Vertreter zweier Gastländer (USA und Indien).

Hauptgegenstand des Seminars war die Problematik Nachbaugebühren in Europa sowie - damit zusammenhängend - generell die weltweite Tendenz in der Landwirtschaft, die Fähigkeit der Reproduktion von Lebewesen immer weiter einzudämmen bzw. zu verhindern.

Am provokantesten zu diesem Thema trat Jean-Pierre Berlan, Wissenschaftler des französischen Forschungsinstituts INRA, auf. Die Tendenz der Hybridzüchtung brachte er folgendermaßen auf den Punkt: „Wenn Sie ein Computerspiel kaufen, kaufen Sie Informationen, nicht ein Stück Plaste. Wenn Sie Weizen kaufen, kaufen Sie ebenfalls Informationen. Kaufen Sie Hybrid-Mais, kaufen Sie Biomasse, sprich Plaste.“ Lebendiges verkaufen zu können, es auf einen Markt bringen zu wollen, bedeutet, die Reproduktionsfähigkeit des Lebendigen vorher zerstören zu müssen. Ansonsten gibt es keinen Markt. Hybridzüchtung, Gentechnik (hier vor allem der Einbau des Terminator-Gen's) sowie Nachbaugebühren als „legalisierte Sterilisierung“ sind für Berlan alles drei Strategien, die zur Unfähigkeit der Landwirte führen, dafür sorgen zu können, dass sich die Lebewesen selber reproduzieren. Nicht minder rigoros von Berlan ist die Ablehnung der Patentierung von Lebendigem. Per Richtlinie (Nr. 9844) ist dies seit 1980 möglich. Laut Patentrecht und Patentdefinition ist dies aber unmöglich. Ein Patent ist „...das einem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger vom Staat erteilte, zeitlich begrenzte Monopol für die wirtschaftliche Nutzung einer Erfindung“ (siehe z.B. dtv-Lexikon von 1995, Band 14, S. 14).

Die Betonung liegt auf letzterem - nämlich „Erfindung“. Werden Lebewesen oder deren „Teile“ patentiert, handelt es sich nicht um Erfindungen, sondern Entdeckungen. Mittlerweile läuft in den USA eine Klage gegen die Patentierung von Lebewesen.

Der Preis des so genannten züchteri-

schen Fortschritts: nicht mehr die Landwirte bestimmen, unter welchen Bedingungen Pflanzen am besten gedeihen, sondern die Züchter. Wohin dies führt, dokumentierte Prof. Nanjundasuwamy (Präsident der Bauernorganisation K.R.R.S.) aus Indien: immer mehr indische Bauern greifen lieber auf einheimisches als gekauftes Saatgut zurück, da gekaufte Sorten unter ihren klimatischen Bedingungen zu oft einbrechen und sie außerdem zur Abhängigkeit von chemischen Mitteln (Dünger, Herbizide) führen, die die Landwirte nicht bezahlen können, die aber wiederum diese gezüchteten Sorten verlangen. Zu den Nachbaugebühren versicherte er: „Ein Gesetz, dass das Besteuern von Samen ermöglicht, würde in Indien keine Woche alt werden können. Wie auch - erklären Sie mir - kann man Samen besteuern?“

Europäische Perspektiven

In Frankreich werden - so ein Vertreter der Confédération Paysanne - ca. 40 % des Saatgutes von den Landwirten selbst nachgebaut. Auf die Fragebogen-Aktion der Pflanzenzüchter, die in Frankreich so wie in Deutschland stattfindet bzw. stattfand, antworteten dort aber nur 3% der angeschriebenen Landwirte. Was die Situation in Frankreich von der deutschen noch unter-

scheidet: in Frankreich gibt es neben den Landwirten noch eine zweite Interessensgruppe, die sich gegen Nachbaugebühren wehrt: die Saatgutaufbereiter.

Der Kampf gegen Nachbaugebühren in Frankreich läuft seit ca. 10 Jahren und ist somit älter als der in Deutschland. Gebührenbescheide an Landwirte auf nachgebautes Saatgut wurden aufgrund des massiven Widerstandes der Landwirte nicht gerichtlich vollstreckt. Seit 1998 spitzt sich die Situation zu: per Verordnung wurden die EU-Beihilfezahlungen für Hartweizen direkt an die Bedingung gekoppelt, Z-Saatgut zu verwenden. Der Widerstand gegen Nachbaugebühren in Frankreich hat Strukturen: im April 1992 wurde die CNDSF gegründet. Mitglied in der CNDSF sind die Aufbereitungsfirmen, die in einer eigenen Gewerkschaft organisiert sind (der STAF). Die Aufbereiter ziehen

teilweise mit ihren mobilen Aufbereitungsanlagen von Hof zu Hof und ermöglichen somit den Landwirten ihren eigenen Nachbau. Deshalb ist auch der Preis für Saatgut aus eigenem Nachbau deutlich niedriger als der für Z-Saatgut.

Wie in Deutschland hat der große Bauernverband der Niederlande mit dem Saatguttrust - einem Zusammenschluss der Saatgutkonzerne - ein Abkommen abgeschlossen, und ebenfalls wie in Deutschland werden an die Bauern Fragebögen verschickt, in denen sie Angaben zu ihren Anbauverhältnissen machen sollen. Wie in Deutschland besteht die Strategie der Bauern darin, die Fragebogen-Aktion des Saatguttrust zu boykottieren. Auch die Erhebung von Nachbaugebühren für Sorten, die gar nicht geschützt sind, wurde bekannt. In den Niederlanden wird der Anteil des Nachbaues insgesamt in der Landwirtschaft noch auf 65% des Gesamt-saatgutes geschätzt!

In Spanien wird derzeit etwa nur 10 % zertifiziertes Saatgut von den Landwirten verwendet. Wie in Frankreich, Deutschland und den Niederlanden beginnen auch in Spanien die Pflanzenzüchter, die Betriebe der Landwirte zu kontrollieren und es beginnen die ersten Klagen gegen Landwirte. In Belgien, Portugal und der Schweiz lohnt es sich aufgrund der vielfach kleinen Höfe für die Züchter bisher noch nicht, die Einführung von Nachbaugebühren zu forcieren.

Zukünftig gemeinsam

In Frankreich, Deutschland, Niederlande und Spanien ist die Situation der Landwirte am ähnlichsten. Eine zukünftige Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung der agrarischen Interessensverbände ist also naheliegend. Als erster Schritt wurde dazu am 04.12.1999 in Paris die „europäische Charta für Saatgut aus eigenem Nachbau“ gegründet. Sie hat das Ziel:

- sich dafür einzusetzen, dass die Privatisierung von Lebewesen verboten wird, da diese das Erbe der Menschheit darstellen;
- Mittel und Aktionen dazu zu nutzen, das Recht der Bauern auf Vermehrung ihres eigenen Saatgutes zu erhalten;
- die Kopplung von EU-Beihilfezahlungen an die Verwendung von Z-Saatgut rückgängig zu machen.

Katrin Küster



Münchener Prozess vertagt

Mit einem überfüllten Gerichtssaal, aus dem erst einmal ein paar der rund 80 anwesenden Bäuerinnen und Bauern wieder hinausgeschickt wurden, begann der Münchener Prozess um die Nachbaugebühren Mitte Dezember. Die Münchener Richter stellten, wie schon ihre Düsseldorfer Kollegen, zunächst in Frage, ob die Saatgut-Treuhand-Verwaltungs GmbH überhaupt berechtigt ist, die Pflanzenzüchter juristisch zu vertreten, geschweige denn als Generalvertretung der Züchter auf den Höfen das Geld einzusammeln. Mit dem Auftrag an die Treuhand, ihre Klage zu überarbeiten, vertagte das Gericht die Verhandlung auf den 19. 4. 2000. Pikantes Detail am Rande: Die Treuhand musste erneut eingestehen, für eine weitere Sorte unberechtigterweise Nachbaugebühren kassiert zu haben. Der nächste Gerichtstermin steht an am 11.1.2000 vor dem Düsseldorfer Landgericht an und ist die Fortsetzung des im September vertagten Verfahrens. Anschließend wird auch dort eine Versammlung der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren stattfinden, zu der MitgliederInnen und Interessierte aus dem Westen der Republik unbedingt kommen sollten. Genauere Angaben über IG-Sprecher auf Seite 23.

Erstmals Terminator-Patent in Europa

Trotz erheblicher Widerstände und Klagen einiger EU-Mitgliedsstaaten vor dem europäischen Gerichtshof setzt das europäische Patentamt seit September die umstrittene EU-Patentrichtlinie um und erteilt Patente auf Lebewesen. Nach Angaben der Umweltschutzorganisation wird es demnächst erstmals in Europa ein Patent auf das sogenannte „Terminator“-Gen erteilen. Mit dem Patent will sich Antragsteller Plant Genetic Systems, der zum Konzern Hoechst-Aventis gehört, das Prinzip sichern, Pflanzenfruchtbarkeit entsprechend der Konzerninteressen den Bäuerinnen und Bauern zur Verfügung zu stellen. In den USA forderte der Verband der Maisfarmer das Landwirtschaftsministerium, nicht weiter Steuergelder für die Erforschung des Terminator-Gens auszugeben, da das weder im Interesse der Landwirte sei, noch der Produktion diene. Für Anbau und Verarbeitung gentechnisch veränderter Pflanzen sieht es in den USA derzeit düster aus. Die Nachfrage nach Gensaatzgut geht zurück, da Verarbeiter sich verhalten zeigen, was die Annahme von Genertgut angeht, da besonders natürlich die überseeische Absatzlage schwierig ist. Vermutlich wird im nächsten Jahr in den USA ein Viertel weniger Gen-Mais angebaut als 1999. cs

Auch Großbritannien moduliert

Der britische Landwirtschaftsminister Nick Brown kündigte an, einen Teil der Direktzahlungen für die Landwirtschaft einzubehalten und damit Maßnahmen im Rahmen der ländlichen Entwicklung finanzieren zu wollen. Damit macht nach Frankreich ein weiteres europäisches Land Gebrauch von der in der Agenda 2000 vorgesehenen sogenannten Modulation. In Großbritannien soll den Farmern pauschal ein Satz von 2,5 % der Zahlungen in 2001, ansteigend auf 4,5 % im Jahre 2005, von den flächen- bzw. produktionsgebundenen Subventionen abgezogen werden. Genutzt werden sollen die freiwerdenden Gelder im Rahmen der „zweiten Säule“ der Agenda 2000 vor allem zur Aufstockung der Agrarumweltprogramme.

Beim britischen Bauernverband NFU stoßen die Modulationspläne auf Ablehnung, man werde sich dafür einsetzen, dass der Umverteilungseffekt zwischen Sektoren und Regionen minimiert werde, so NFU-Präsident Ben Gill. pm

Schadensersatz für verseuchten Impfstoff

Mit Schadensersatzforderungen wenden sich niederländische Bauernverbände an die deutschen Chemiekonzerne Bayer und Hoechst. Mindestens ein Drittel des in die Niederlande gelieferten Impfstoffes gegen die Rinderrippe IBR soll mit einem besonders aggressiven Diarrhoe-Virus verseucht gewesen sein, der bei den betroffenen Tieren zu Euterinfektionen, Durchfall, niedriger Milchproduktion sowie Fruchtbarkeitsstörungen geführt hat. Nach Angaben der niederländischen Landwirtschafts- und Gartenbauorganisation LTO, wurde 1998 fast das gesamte niederländische Milch- und Schlachtvieh gegen IBR geimpft und letztendlich nun ein Millionenschaden dadurch für Bäuerinnen und Bauern entstanden. Die niederländische Bayer-Niederlassung nannte die Forderungen nach Schadensersatz unberechtigt, da es keinen Beweis gebe, dass die Tiere durch den Impfstoff erkrankt seien. Anfang des Jahres hatte Bayer allerdings bereits eff. RinderhalterInnen Entschädigungen gezahlt, die ihre Herden aufgrund der Diarrhoe-Infektion hatten schlachten müssen. Sollten die Konzerne nicht auf die neuen Schadensersatzforderungen eingehen, drohen ihnen gerichtliche Schritte. pm

Ökosteuern als Dieselstütze?

Zum Ausgleich der überproportionalen Belastung der Landwirtschaft durch die Ökosteuern favorisiert die SPD-Bundestagsfraktion die Einführung eines so genannten „Agrardiesels“. Einnahmen aus der Ökosteuern in Höhe von „500 Mio. DM plus X“ (die Gesamteinnahmen werden sich auf 800 bis 900 Mio DM belaufen) sollen nach Ansicht der Sozialdemokraten vollständig zur Verbilligung des in der Landwirtschaft genutzten Treibstoffes verwendet werden. Der Bauernverband wie auch die ostdeutschen Landwirtschaftsminister hatten sich für diese Verwendung der Ökosteuergelder eingesetzt, während die Grüne Bundestagsfraktion, verschiedene West-Landwirtschaftsminister, wie auch ein breites Bündnis landwirtschaftlicher Organisationen dem bereits schon länger existierenden Vorschlag, mit den Einnahmen aus der Ökosteuern die Einschnitte in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung abzumildern, den Vorzug geben. Kommt nun tatsächlich der Agrardiesel, haben wieder einmal die kleineren und einkommensschwächeren landwirtschaftlichen Betriebe, aber auch die, die auf die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe setzen und durch die teilweise Abschaffung der Gasölbeihilfe endlich auf eine Besserstellung des Biodiesels hoffen könnten, das Nachsehen. cs

Eine neue Milchquotenregelung ist da

Bundesrat und Bundeslandwirtschaftsministerium einigten sich. Neues Börsenmodell gilt ab 1. April 2000

Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke wertete es als großen Erfolg der Bundesregierung, dass die Neugestaltung der Milchquotenregelung nun beschlossen ist. „Ich habe mir manches harte Wort anhören müssen, weil ich in dem Bemühen um eine Quotenregelung, die die aktiven Milcherzeuger stärkt, nicht nachgelassen habe. Umso mehr begrüße ich es, dass es jetzt gelungen ist, unsere Vorstellungen zu verwirklichen“, sagte Funke, nachdem der Bundesrat am 17. Dezember der Vorlage des Bundesrats-Agrarausschusses zugestimmt hatte.

Funke bemängelte jedoch, dass der Bundesrat den gestaffelten Basisabzug abgelehnt habe. Damit habe man ein wirksames Instrument zur Bekämpfung von spekulativen Quotenverkäufen aus der Hand gegeben. Gleichwohl werde er deswegen die neue Milchquotenverordnung nicht scheitern lassen.

Entgegen den ursprünglichen Plänen wird es nun einen pauschalen Basisabzug in Höhe von 5 % der Übertragungsquote geben, der in die Landesreserven übergeht. Im letzten Entwurf war noch ein progressiv gestaffelter Abzug von bis zu 20 % für Mengen über 750.000 kg vorgesehen. Diese Staffelung fällt nun weg; auch der Abzug für geringere Übertragungsmengen ist auf 5 % abgesenkt worden.

Ein anderer Streitpunkt zwischen den Bundesländern und dem Bundesministerium (BML) bestand in der Pflicht für die Länder, dafür zu sorgen, dass flächendeckend Börsen- bzw. offiziell: Verkaufsstellen eingerichtet werden. Dagegen sträubten sich einige Länder zunächst,

gaben aber dann im Gegenzug zu Zugeständnissen z.B. bei den Abzügen nach. Erster Börsentermin wird der 30.10.2000 sein. Quotenanbieter, die beim einem darauffolgenden Börsentermin (jeweils 1.4., 2.7., 30.10. eines Jahres) mit ihrer Preisforderung 20 % und mehr über dem am vorigen Börsentermin ermittelten Gleichgewichtspreis liegen, werden für diese preistreibende Forderung durch einen zusätzlichen Abzug von 5 % beim ersten Versuch und von 10 % beim zweiten Versuche bestraft.

Eine wichtige Änderung zu den ersten Entwürfen besteht darin, dass Landgesellschaften nun doch nicht an den Verkaufsstellen vorbei Quoten handeln dürfen, was einen undurchsichtigen Nebenhandel ermöglicht hätte. Ebensoviele gibt es eine Befreiung von der Andienungspflicht an der Börse für Vollfusionen von Betrieben wenn Quoten übertragen werden sollen.

Auf Antrag Bayerns muss die Bundesregierung nun noch einmal prüfen, ob es möglich ist, die steuerrechtliche Schlechterstellung von pauschalierenden gegenüber optierenden Betrieben zu verhindern. Ansonsten zeigte sich Bayerns Minister Miller enttäuscht von dem gefundenen Kompromiss. „Der gegen unseren Vorschlag geschlossene Kompromiss bringt keine entscheidende Senkung der Quotentransferkosten. Allein in Bayern fehlen so den rund 70.000 Milcherzeugern bis zum Jahr 2008 rund 800 Mio. DM“, so Miller. Allerdings war Bayerns Vorschlag von fast allen Seiten als rechtlich nicht haltbar bewertet worden. Er sah vor, auslaufende Pachtquoten den Pächtern zu sehr niedrigen Preisen zu überlassen. *uj*



Die Diskussion um das richtige Modell einer neuen Milchquotenregelung dauerte Jahre. Durchgesetzt hat sich ein Börsenmodell – gegen bäuerlichen Widerstand, wie hier im letzten Jahr vor den Türen des Bauernverbandes.

Eigenständige Sozialversicherung mit Zukunft?

Sparpaket hat agrarsoziales System ins Gerede gebracht. Was sind die Besonderheiten?

Dem Bund ist das System der eigenständigen landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) zu teuer. Die Bundesregierung will ihre Zuschüsse an die LSV (Berufsgenossenschaften, Alters-, Kranken- und Pflegekassen) von 7,7 Mrd DM im vergangenen Jahr auf 7,3 Mrd DM in diesem Jahr senken. „Dieses System ist auf Dauer so nicht finanzierbar“, meint Landwirtschaftsminister Funke. Auch sein Staatssekretär Dr. Martin Wille findet, dass „das System der eigenständigen sozialen Sicherung keine 'heilige Kuh' und langfristig in Frage gestellt“ sei. Die Bundespolitiker versprechen sich Kostenersparnisse von der Auflösung der LSV als eigenständiges Sicherungssystem. Auch in der Bauernschaft gibt es Befürworter einer Integration der LSV in die allgemeinen Versicherungen. Die Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen ist vielen Landwirten ein Dorn im Auge. Mit der Überführung der LSV in das allgemeine System könnte diese Abhängigkeit ihrer Meinung nach verringert werden.

20 Träger

Im Agrarbereich verwalten 20 eigenständige Sozialversicherungsträger etwa eine Million Versicherte. Der Bundesrechnungshof geht in seinem Bericht vom Juni

sind in erstgenannten Gebieten entsprechend niedriger. Ein 20 Hektar-Hof zahlt im Braunschweiger Raum niedrigere Beiträge als in Bayern. Bei einer Zusammenlegung der Berufsgenossenschaften zu einer einzigen bundesweiten müssten diese Unterschiede ausgeglichen werden – in bestimmten Gebieten käme es zu Beitragserhöhungen. Aus diesem Grund gab es bereits große Schwierigkeiten bei den Verhandlungen für die schon erfolgten Zusammenschlüsse einzelner Berufsgenossenschaften z.B. in Rheinland-Pfalz.

Besonderheiten der LSV

Weit problematischer aber als die Unterschiede zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Versicherungen sind die Differenzen zwischen LSV und allgemeinem Versicherungssystem. Die Besonderheiten der LSV drohen bei einer Aufgabe der Eigenständigkeit unterzugehen. Beispiele für besondere Regelungen im agrarsozialen System sind:

Landwirtschaftliche Alterskasse

Bäuerinnen und Bauern zahlen einen Einheitsbeitrag für ihre Rente, während in der allgemeinen Rentenversicherung einkommensabhängige Beiträge erhoben werden. Zum Einheitsbeitrag gibt es Bundeszuschüsse für Versicherte mit niedrigen Einkommen. Das Verhältnis von eingezahlten Beiträgen zu ausgezahlter Rente ist in der landwirtschaftlichen Alterskasse (LAK) günstiger als in der allgemeinen Rentenversicherung, aber die landwirtschaftliche Altersrente ist insgesamt niedrig, weil sie nur als Teilabsicherung – zusätzlich zu den Altenteilsleistungen der Hofnachfolger – gedacht ist.

Defizithaftung

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hat drastische Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Alterskasse. Seit Anfang der 90er Jahre gibt es in der

Alterskasse mehr Leistungsempfänger als Beitragszahler. Der Bund hat sich zwar mit der sogenannten Defizithaftung verpflichtet, die Differenz aus eingezahlten Beiträgen und ausgezahlten Leistungen noch bis zum Jahr 2007 zu zahlen, aber danach muss neu verhandelt werden. (Die Zuschüsse zu den Alterskassenbeiträgen fallen nicht in den Bereich der Defizithaftung und wurden jüngst gekürzt – s. Kasten).

Bäuerinnenrente

Auch die Bäuerinnenrente ist eine Besonderheit des agrarsozialen Systems. Sie verpflichtet Bäuerinnen dazu, Rentenbeiträge zu zahlen und gewährt ihnen eigene Rentenleistungen. Damit wird die Arbeit der Bäuerin auf dem Hof als Berufstätigkeit anerkannt. Eine Bäuerin, die als Hausfrau und Mutter arbeitet, bekommt später eine eigene Rente, während eine „Nicht-Bäuerin“, die Haus und Kinder ohne zusätzliches sozialversicherungspflichtiges Einkommen versorgt, nur über ihren Mann abgesichert ist.

Betriebshilfen

Ein Arbeitnehmer bekommt im Krankheitsfall weiterhin Lohn bzw. Krankengeld. Die landwirtschaftliche Krankenkasse gewährt dagegen Betriebshilfen. Diese und weitere Besonderheiten der LSV sind in der Debatte um eine Überführung in das allgemeine Versicherungssystem zu berücksichtigen. Es ist notwendig herauszuarbeiten, wie wichtig diese Besonderheiten für die heutige Landwirtschaft sind und in welcher Form eventuelle Sonderlösungen für die Landwirtschaft innerhalb der allgemeinen Versicherungsträger möglich sind. Die Beurteilung der Fakten wird sicher kontroverse Diskussionen auslösen, weil die individuelle Lebensgestaltung der Versicherten zu grundsätzlich verschiedenen Sichtweisen führen kann.

Ute Hörcher



Foto: Jasper

Arbeitskreis

Einige Abl-Mitglieder sitzen als VertreterInnen in den Versammlungen der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger. Auf der Abl-Mitgliederversammlung hat sich ein Arbeitskreis zum Thema LSV gegründet, der u.a. dem Informationsaustausch unter den VertreterInnen dienen soll. Er wird Argumente für und gegen die Integration der LSV zusammenstellen, um Handlungsstrategien zu entwickeln. Kontakt: Abl, ☎ 05242-48476.

Entlastung

Der Ernährungsausschuss des Bundestages hat am 3.11.99 einen Entlastungsantrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen angenommen, in dem die überproportionale Belastung der Landwirtschaft durch die Ökosteuer festgestellt und die Bundesregierung aufgefordert wird, bis zum 15. Februar Vorschläge für eine Entlastung der Landwirtschaft zu erarbeiten. Die Grünen fordern, dass die jährlich etwa 200 Mio. DM Ökosteuer-einnahmen aus der Landwirtschaft in die landwirtschaftliche Alterskasse fließen, um dort die Beitragskürzungen abzufedern.

Beschlossene Kürzungen zur LSV

Die Zuschüsse zum Alterskassenbeitrag werden ab 1.1.2000 von maximal 80% auf maximal 60% gekürzt.

Anhebung des Einheitsbeitrages: Das Verhältnis zwischen Beitrag und Rentenanspruch ist in der landwirtschaftlichen Alterskasse (LAK) günstiger als in der allgemeinen Rentenversicherung (GRV). In der LAK mussten bisher 20% niedrigere Beiträge eingezahlt werden, um auf dieselbe Rentenleistung wie in der GRV zu kommen. Dieser 20%ige Abschlag soll auf 10% gekürzt werden. Bei Betriebs- und Haushaltshilfen soll es in einigen Fällen nun vom 1. Tag an eine Selbstbeteiligung geben.

1999 davon aus, dass sich durch eine Zusammenlegung der einzelnen Träger zu einer Bundesversicherungsanstalt für Landwirtschaft erhebliche Verwaltungskosten sparen ließen. Die Rede ist von jährlich 100 Mio. DM. Der Rechnungshof zielt nicht darauf ab, die Eigenständigkeit der LSV anzugreifen, sondern drängt zu einer internen Neuorganisation.

Welche Schwierigkeiten schon diese interne Umstrukturierung mit sich bringt, zeigt das Beispiel der Berufsgenossenschaften (Unfallversicherung). Die Beiträge zu den Berufsgenossenschaften variieren regional sehr stark. In Gebieten mit überwiegend großen reinen Ackerbaubetrieben passieren weniger Unfälle als in kleinstrukturierten Regionen mit viehhaltenden Betrieben. Die Beiträge

Neues Schulmilchprogramm der EU

Die Europäische Kommission hat sich dem Druck der europäischen Agrarminister gebeugt und ein überarbeitetes Schulmilchprogramm angenommen. Allerdings wird die finanzielle Ausstattung des neuen Programms von Seiten der EU geringer ausfallen als bisher. In Zukunft sollen sich die EU-Mitgliedstaaten oder die Milchwirtschaft mit 50% an den Kosten beteiligen. Die Kommission schlägt vor, bis zu einem Viertel Liter Schulmilch je Tag und Schülerin mit 50 % des EU-Richtpreises (309,8 Euro/t) statt mit 95 % gemäß der alten Regelung zu unterstützen. Damit würden die Ausgaben der EU von 91,2 Mio. Euro auf 43 Mio. Euro jährlich sinken. uj

Nestlé mit Geschäften auf Kosten von Babys?

Die Internationale Aktionsgruppe Babynahrung hat gegen den Nestlé-Konzern schwere Vorwürfe erhoben. Nestlé soll mit seinen Werbe- und Verkaufsmethoden in Entwicklungsländern die Gesundheit von Säuglingen aufs Spiel gesetzt und damit gegen den Kodex der Weltgesundheitsorganisation verstoßen haben. Der ehemalige Nestlé-Mitarbeiter Syed Aamar Raza habe anhand von Fotos und Dokumenten belegt, dass der Konzern Ärzte in Pakistan mit Geld- und Sachspenden „beschenkt“ habe, um den Verkauf von Muttermilch-Ersatzprodukten anzukurbeln.

Durch die Zubereitung von Milchpulverprodukten mit oftmals verschmutztem Wasser entsteht für die Kinder eine neue lebensbedrohliche Gefahrenquelle. „Jährlich sterben weltweit 1,5 Millionen Säuglinge, weil sie statt Muttermilch mit Ersatzprodukten ernährt werden“, so Andreas Adelberger von der Aktionsgruppe Babynahrung in Deutschland. pm

Zahl der Hofkäsereien nimmt zu

Gute bis sehr gute Bewertungen erhielten zahlreiche der eingeschickten Hofkäse bei der 3. Verbandskäseprüfung des Verbandes für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau e.V. (VHM). Rund 50 Käsereien folgten dem Aufruf des Veranstalters, so dass die Gutachter über 100 Käse zu beurteilen hatten. Dabei präsentierten sich die Käsespezialitäten in einer „üppigen Vielfalt“, so Marc Albrecht vom VHM.

Seit der Gründung des Verbandes im Jahr 1992 hätten sich bis heute über 400 Hofkäsereien angeschlossen. Ein Großteil von ihnen vermarktet die Produkte auf regionalen Märkten oder ab Hof. pm

Karate-Kuh eingefangen

Mit der abgebildeten Karate-Kuh wollte der Verband der Schweizerischen Milchproduzenten (SMP) für die gesundheitsfördernde Wirkung der Milch werben. „Milch gibt starke Knochen“, lautet das Motto der Fotomontage. Es soll darauf hinweisen, dass das Kalzium in der Milch hilft, gegen die Osteoporose (Knochenbrüchigkeit) vorzubeugen. Von dieser Krankheit, so die Schweizer Milchproduzenten, sei heute bereits jede dritte Frau über 50 betroffen, und zunehmend auch Männer.

Das schweizerische Bundesamt für Gesundheit hat die Werbung mit der Karate-Kuh nun jedoch verbieten lassen. Begründung: Die Reklame widerspreche dem Lebensmittelgesetz der Schweiz, da Werbung für ein natürliches Lebensmittel wie Milch keine konkreten Heilungsversprechen enthalten dürfe, es sei denn, es handle sich um eine Neukreation mit einer messbaren gesundheitlichen Zusatzwirkung. Die Schweizerischen Milchproduzenten (SMP) wollen sich mit dieser Sicht keineswegs abfinden und haben angekündigt, notfalls bis vor das Bundesgericht zu gehen, um die millionenschwere Werbekampagne doch noch durchziehen zu können. SPM ist äußerst aktiv und kreativ, was Werbung für Milch und Milchprodukte angeht; einen Eindruck vermittelt schon die Internet-

Seite <http://www.swissmilk.ch>.



KURZES AM RANDE

Subventionierung der Großen durch die Kleinen!

Nach anderen Molkereien hat auch Tuffi/Campina Staffelpreise zugunsten großer Liefermengen eingeführt. Eine deutliche Stellungnahme eines Tuffi-Bauern dazu:

Was haben sich Vorstand, Aufsichtsrat und vor allem unsere Vertreter bei der Einführung der Staffelpreise bloß gedacht? Für die Milch frei Erfassungsstelle Molkerei kann doch nur ein gleicher Auszahlungspreis gezahlt werden. Hinzu kommen die Transportkosten. Durch die Einführung der Kostenpauschale von 60,- DM je Monat für die Abholung wurden die kleinen Lieferanten höher an den Transportkosten beteiligt. Dies ist angesichts der höheren Transportkosten bei kleinen Milchmengen auch tolerierbar. Eine Angleichung auf die tatsächlich entstehenden Transportkosten wäre nachvollziehbar.

Nun werden aber über die Transportkosten hinaus den Großlieferanten ab einer Jahresmenge von 550.000 l Milch 2 Pf/l mehr ausgezahlt. Besser gesagt: den Lieferanten bis 200.000 l/Jahr werden 2 Pf/l und bis 320.000 l/Jahr 1,75 Pf/l vom Milchpreis abgezogen. Der Großlieferant erhält dadurch je nach Milchmenge 11.000,- bis ca. 40.000,- DM jährlich an Milchgeld mehr, das natürlich die Klein-

lieferanten mehr aufbringen müssen. Die tatsächlichen Mehrkosten für den Transport sind aber wesentlich geringer und entsprechen so nicht den Staffelpreisen von bis zu 2 Pf/l.

Dadurch wird automatisch der Großbetrieb auf Kosten der Kleinen subventioniert, und das selbstverständlich „rein freiwillig“!

Wenn die Staffelpreispolitik unserer Molkerei so weiter geht, sind in naher Zukunft entweder die Betriebe mit 600.000 l die Kleinen oder nur Große sind unter sich. Dann muss man die 2 Pfennig wieder abschaffen, da man keine Kleinen hat, die es finanzieren.

Ein neuer Ansatz

Die Staffellung der Milch-Auszahlungen nach dem Prinzip, dass der große Lieferant einen besseren Preis bekommt als der kleinere, hat im Sommer 1997 ihren Anfang bei einigen Molkereien im Norden gefunden (Rückert, MZO, Ammerland) und breitet sich seitdem beständig aus (bis Eifelperle und Grieb/Gießen). Dabei gibt es unterschiedliche Systeme der Umverteilung: Grundkostenpauschalen, Stoppkosten, gestaffelte Geschäftsanteile, Mengenzuschläge. Bei der Humana-Tochter in Herford gab es Anfang 1998 eine Zeitlang kräftigen Widerstand, durch den die Staffellung sogar um ein halbes Jahr verschoben wurde – letztlich kam sie dann doch (Bauernstimmen 11/97, 12/97, 4/98). Der nebenstehende Gedanke, dass sich die „Kleinen“ zu Liefergemeinschaften zusammenschließen, geht nun mit den Mehrheitsverhältnissen in den Molkerei-Genossenschaften um und bietet die Möglichkeit, die Staffelsysteme zu umgehen.

2 Auswege

Ich sehe zwei Möglichkeiten, um aus dieser Molkereipolitik auszusteigen:

- 1.) Nach einer Kündigung sieht man sich nach einer anderen Molkerei um.
- 2.) Die Milchlieferanten mit bis zu 50 Kühen bilden eine Transportgemeinschaft und tragen deren Kosten selber. Sie bieten der Molkerei frei Erfassungsstelle (Molkerei) ihre Milch an. Somit würden die Kleinen plötzlich mit Abstand zum größten Lieferanten. Wir erhalten dann mindestens 2 Pf/l mehr auf Kosten der Großen. Außerdem wären wir wesentlich flexibler, welche Molkerei wir beliefern würden und zu welchem Preis.

Kündigen!

In beiden Fällen müssen sie aber bis zum Ende des Geschäftsjahres kündigen! Erheben Sie Protest und lassen Sie es nicht so weit kommen, dass durch derartige Verträge die Landwirte sich gegenseitig bekämpfen. Das wäre nur vorteilhaft für Politik und Großkonzerne. Der Milch jedenfalls kann man nicht ansehen, ob sie aus einem kleinen oder einem großen Betrieb stammt.

Franz-Josef Dohle,
59602 Rütten-Kallenhardt

Es ist Winter und wieder mal eine Versammlung. Diesmal eher eine der Wichtigeren. Ein kleiner Saal voll Milchbauern trifft sich, um über die stark unterschiedliche Entlohnung ihrer Milch durch die Molkereien zu reden. Da sind einmal die Mitglieder von den Genossenschaften, kaum einer ist

zufrieden mit den bezahlten Verwertungszuschlägen. Aber auch viele Landwirte, die in Milcherzeugergemeinschaften organisiert sind, überlegen sich die Kündigung. Die Preisspanne der schlechteren Molkereien zur Spitze ist einfach zu groß. Die Gründe sind vielfältig, werden jedoch von den anwesenden Landwirten ähnlich beurteilt. Da sind einmal die Genossenschaften, eine ehemals geniale Idee scheut die notwendige Anpassung. Selbstherrliche Vorstandsvorsitzende vermeiden oft notwendige Fusionen. Eine riesige Menge von Gebietsvertretern und Aufsichtsräten trifft sich regelmäßig zum Käse-Essen und bei entsprechenden Ortsver-

sammlungen voll des Lobes über den jeweiligen Geschäftsführer oder Vorstandsvorsitzenden. Der wiederum die ach so harmonische Zusammenarbeit aufs höchste lobt. Die erschienenen Landwirte schimpfen noch beim Betreten des Saales, werden jedoch nach ausführlichen Berichten, Ehrungen verdienter Mitglieder und einem opulenten Mahl etwas schläfrig. Für die Diskussion ist es jetzt schon spät und die Versammlung wird beendet. Beim Hinausgehen schimpfen sie dann wieder, obwohl sie es abermals versäumt haben, sich bei der Diskussion zu Wort zu melden. Meist sind es dieselben, die den Mund aufmachen, man kommt hier schnell in die Ecke des notori-

schen Querulanten. Bei so mancher „Meg“ (Milchlieferegemeinschaft) ist es wohl ähnlich. Die ehemals engagierten Gründer einer solchen Gemeinschaft freunden sich mit der Zeit mit ihrer Stammolkerei an, der Tiger wird zahnlos. Nun könnte man sich ja wählen lassen und alles besser machen, schließlich sind das ja alles demokratische Strukturen. Aber halt, der Bauernverband hat angeblich auch eine solche Struktur und das Ergebnis ist hinlänglich bekannt. Warum unsere bäuerlichen Institutionen voll sind von harmoniebedürftigen Ja-Sagern, ich weiß es nicht. Ist es bei anderen Berufsgruppen besser?

Betriebsspiegel:

616m NN; 1.100 mm Jahresniederschlag
39 ha LN, davon 15 ha Pacht;
4 ha Silomais, 4 ha Kleegras,
4,5 ha Jungviehweiden,
26,5 ha Dauergrünland,
3,7 ha Waldfläche.
Im Kuhstall werden gehalten: ca. 45
Schwarzbuntkühe, ca. 55 Stk. Jungvieh.
Der Betrieb von Familie Sirch liegt im Allgäu beim Memmingen im Illertal.

Eine von Vielen

Laurent Tezier war als Besitzer von 25 Mutterkühen das erste Mal aktiver Teilnehmer an der großen Charolais-Ausstellung in La Roche sur Yon mit zwei Bullen im Alter von ca. 10 Monaten. Spannend wurde die Veranstaltung besonders durch die Größe des Auftriebs, immerhin waren ca. 600 reine Charolais-Tiere zu bewundern. In drei parallel angeordneten Ringen wurden fast den ganzen Tag lang Gruppen von je 12 Tieren bewertet. Laurent erklärte mir vor dem Richten, dass er mit guten Plätzen für seine beiden Bullen rechnet. Er selbst führte seinen besten Bullen in den Ring, während sein Bruder etwas später den zweiten vorführte. Die Konkurrenz war stark, im ersten Ring landete Laurent schließlich auf dem fünften Platz. Mit etwas enttäuschter Miene kam er zurück, erzählte aber, dass er mit dem Ergebnis bestens zufrieden sei. Zur Feier des Tages gab es erstmal ein Gläschen Rotwein. La Roche sur Yon war mir vor der Einladung durch den französischen Charolais-Zuchtverband völlig unbekannt. Ca. 50 km süd-östlich der Loire-Mündung in der Nähe der Atlantikküste liegt die Stadt in einer sehr landwirtschaftlich geprägten Region, in der es noch alles gibt. Nicht nur Mutterkuhhaltung und Fleischrindzucht, sondern auch Milchvieh, Ackerbau und viele andere Formen der Landwirtschaft. Die Region um La Roche ist eigentlich kein ursprüngliches Charolais-Zuchtgebiet, hat sich in den letzten Jahren aber kräftig dort-



Ich denke, viele Menschen tun sich einfach schwer mit ihrer Konfliktfähigkeit. Leichter ist es allemal, mit dem Strom zu schwimmen. Und die kleine Gruppe der Engagierten, vielleicht wird auch die eines Tages müde, oft auf verlorenem Posten zu kämpfen. Es kann einem dann passieren, dass ein paar Jüngere kommen, von dem Typ wie man selber mal war, und einem vorwerfen, alles was man so aufgebaut hat sei nicht mehr zeitgemäß und müsse weg. Ja, was ist dann? Dann ist es gut so. Nachtrag: Heute habe ich festgestellt, dass ich als Einkäufer unserer Einkaufsgemeinschaft bei der letzten Ölbestellung wohl nicht das Letzte am Preis herausgeholt habe – geht es schon los?

Berndhard Sirch, 40 Jahre

Lebendiger Zuchtviehmarkt

hin entwickelt. Immerhin werden im Einzugsgebiet ca. 100 000 registrierte reinrassige Charolais-Kühe gehalten, eine imposante Grundlage für einen lebendigen Zuchtviehmarkt. Aber nicht nur fachlich war die Veranstaltung beeindruckend, sondern auch kulturell. Die Organisatoren des französischen Zuchtverbandes hatten immerhin ca. 70 Leute international eingeladen und betreut. Höhepunkt war ein Empfang der ausländischen Gäste beim Bürgermeister der Stadt, bei dem man dann die Gelegenheit hatte, Bauern aus Irland, Lettland und sogar Lateinamerika kennenzulernen. Das Leben auf dem Ausstellungsgelände war allerdings schon alleine aufregend genug: den ganzen Tag lang führten die Bauern ihre Tiere vor, permanent mit einem Striegel in der Hand, Bulle oder Kuh verschönernd. Die meisten Tiere wurden vor der ei-

gentlichen Zuchtviehauktion unter den Bauern direkt gehandelt. In der großen Viehhalle war ständig Bewegung, konnten sich zwei Bauern einigen, wurde das Geschäft mit einem Gläschen Rotwein (oder auch Sekt – je nach Preislage des Tieres) besiegelt. Dann das große Mittagessen: in einem riesigen Bierzelt gab es ein richtiges französisches Mittagessen mit vielen Gängen, dem üblichen Rotwein, Kaffee, Käse und Weintrauben. In der Art frisch gestärkt, fand am letzten Tag der Ausstellung die Zuchtviehauktion mit 30 zur Versteigerung aufgetriebenen Zuchtbullen statt. An die 1000 Zuschauer und Teilnehmer waren um den Auktionsring versammelt. Nachdem in einer ersten Runde alle Tiere einzeln ausführlich von den zuständigen Zuchtinspektoren vorgestellt worden waren, konnte im zweiten Durchgang die Auktion beginnen. Trotz der großen Zuschauerzahl fan-

Betriebsspiegel:

580 ha (50 % Grünland, 50 % Ackerfutter)
250 Mutterkühe (Färsen- und Bullenmast)
12 eigene Ferienbetten, im Betriebsverband mittlerweile weitere 22
Direktvermarktung in Berlin
Andreas, sein GBR-Kollege sowie sechs feste Mitarbeiter bewirtschaften den Betrieb.

den aber nicht alle Bullen einen Käufer. Die Hürde mit einem Anfangsgebot von umgerechnet 5000,- DM für einen Bullen war wohl für viele zu hoch, die Spitzenpreise lagen bei 15.000,- DM. Besonders mit Beifall bedacht wurde ein deutscher Züchter, der einen französischen Spitzenbullen für seine Charolais-Zuchtfarm in Irland kaufte...

Andreas Bergmann, 36 Jahre

23.000er Bullenmast bedroht Moor

Europas größte Bullenmast-Anlage Ferdinandshof (Meck.-Vorp.) gefährdet den nahe gelegenen Galenbecker See und die Friedländer Große Wiese, eines der bedeutendsten Moore Norddeutschlands. Das berichtete kürzlich das NDR-Prisma-Magazin. Die ehemalige DDR-Industrie-Anlage wurde 1966 errichtet, dafür wurden 10.000 Hektar Mooregebiet tiefgründig entwässert und für eine intensive landwirtschaftliche Nutzung erschlossen. Von der SED-Führung wurde dieses Meliorationsprojekt zum Modellfall für die Industrialisierung der Landwirtschaft erklärt und als Sieg über die Natur gewertet. Schon damals waren durch die Entwässerung und das folgende Absacken und Schrumpfen des Moorkörpers etwa 40% des Moores betroffen.

Nach der Wende übernahm die Osterhuber Agrar GmbH des Augsburger Getreidehändlers Alexander Osterhuber die Anlage, in der jetzt auf fast 7000 ha Land 23.000 Bullen gemästet werden. Es gibt zudem Pläne für weitere 15.000 Schweinemastplätze. Der ausgedehnte Maisanbau erstreckt sich laut Prisma auf etwa 1.000 ha Moor und bedroht See und Niedermoor. Gegen Pläne des Umweltministeriums, die anliegenden Flächen um das Moor zu schützen, wehren sich die Betreiber. Der Behauptung des Geschäftsführers Dr. Gotthardt, das sei „Verschwendung öffentlicher Gelder“, stellte Prisma die Summe von 8 – 10 Mio. DM jährlicher Bullenprämien für Ferdinandshof entgegen. en

Pohlmann macht so weiter

Der Agrarindustrielle Anton Pohlmann aus dem niedersächsischen Vechta ist in USA wegen mehrerer tier- und umweltschutzrechtlicher Verstöße angeklagt worden. Nach Angaben der Tierrechtsorganisation „PeTA“ wirft die Staatsanwaltschaft des Bundesstaates Ohio Pohlmann vor, Abfälle aus seinen Legehennenanlagen illegal entsorgt, tote Hühner vergraben und Grundwasser mit Impfstoffen verseucht zu haben. Unterdessen ist jetzt bestätigt worden, dass Anton Pohlmanns Sohn Stefan Pohlmann – wie bisher nur vermutet – stiller Teilhaber der tschechischen Hühnerzuchtfirma Caska drubez ist. Diese Firma plant in Westböhmen drei Großfarmen für insgesamt 1,8 Millionen Hühner und hat damit internationalen Protest gegen das Vorhaben hervorgerufen. pm

Neuer Agrochemie-Konzern als Marktführer

Die Chemiekonzerne Novartis (Basel), und Astra-Zeneca (London), haben angekündigt, jeweils ihre umsatz-kränkelnden Pflanzenschutz-Bereiche auszulagern und zu einem neuen Konzern zusammenzulegen. Der neue Konzern soll sich ganz auf den Agrar-Bereich (Pflanzenschutz und Saatgut) konzentrieren. Der Fusion müssen die Kartellbehörden der EU und USA jedoch erst noch zustimmen. Der neue Konzern soll als „Syngenta Aktiengesellschaft“ an die Börse gehen und wird schätzungsweise einen Jahresumsatz von 7,9 Mrd. US-Dollar erreichen. Syngenta wäre damit gleich der weltweite Marktführer vor Aventis (4,1 Mrd. \$) und Monsanto (4,0 Mrd. \$). Der Pflanzenschutzbereich galt in letzter Zeit sowohl bei Novartis (vor drei Jahren aus der Fusion von Ciba Geigy und Sandoz entstanden) als auch bei Astra-Zeneca als Problemkind – Astra-Zeneca meldete hier einen Umsatzrückgang von 5 % im letzten Jahr. uj

Handelskonzentration geht weiter

Wenn die Konzentration im Lebensmittelhandel weiter so rasant betrieben wird wie bisher, dann werden – laut einer Studie von M + M Euro Trade, Frankfurt/M. – in der Mitte des nun angebrochenen Jahrzehntes die 5 größten Handelskonzerne in Europa rund 40 % des Umsatzes in Europa ausmachen. Derzeit kommen sie auf 25 %, 1994 betrug der Anteil 17 %. Und bisher gibt es Anzeichen nur für eine weitere Konzentration: Nachdem der französische Handelskonzern Carrefour seinen größten Konkurrenten Promodes geschluckt hat, wollte der Tengelmann-Konzern seine Supermärkte (Kaisers, Grosso-Magnet) in die Edeka-Gruppe einbringen. Er bewirkte einige Überraschung, als er sich von diesem Vorhaben verabschiedete und bekannt gab, eigenständig weiter machen zu wollen. pm

Sommer '99 erhöhte Bierabsatz nur kaum

Trotz des Durst auslösenden Sommers im letzten Jahr ist der Bierabsatz der deutschen Brauereien in den ersten drei Quartalen 1999 nur um 0,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 84,1 Millionen Hektoliter Bier gestiegen. Innerhalb Deutschlands erzielten die Brauereien in Nordrhein-Westfalen mit 22,9 Mio. hl und Bayern mit 17,4 Mio. hl den größten Absatz. In den Zahlen des Statistischen Bundesamtes nicht enthalten ist der Absatz von alkoholfreien Bieren und Malztrunken sowie die Menge, die aus Ländern außerhalb der EU in Deutschland abgesetzt worden sind. pm

Mischfutter-Industrie vor gesättigten Märkten

Eine Branche mit begrenzten Märkten, Überkapazitäten und wachsender Konzentration

Die weltweiten Umsätze der Mischfutterhersteller werden nach dem Einbruch 1998 nur noch gering wachsen, vor allem in Europa sind die Märkte gesättigt. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Marktstudie der holländischen Rabobank. Wesentliche Ursachen sehen die Autoren in den Wirtschaftskrisen vieler Länder, auch in regionalen Umweltproblemen infolge hoher Viehdichten, in der Agenda 2000 und vor allem in der Tatsache, dass immer mehr Mastunternehmen und auch Bauern ihr Futter selber mischen. Der Absatz verlagert sich in diesem Zusammenhang weg vom kompletten Mischfutter hin zu Konzentraten, Zusätzen und Vormischungen.

Kooperation mit Zulieferern

Angesichts begrenzter Märkte und hoher Überkapazitäten im Mischfuttersektor



Futter und Unterdrückung – ein seltsames Paar, das die Süddeutsche Zeitung mit diesem Cartoon einst konstruiert hat.

sinken im verschärften Wettbewerb die Handelsspannen. Vor allem in der EU nehmen die Unternehmenszusammenschlüsse und Firmenübernahmen zu, weil die Mischfutterhersteller die Rationalisierung der Produktion vorantreiben und ihre Einkaufsmacht beim Zukauf von Rohstoffen erhöhen wollen. Viele Hersteller verbinden sich mit Zulieferern von Rohstoffen oder Futterzusätzen und expandieren zudem in die Wachstumsregionen Asiens, Osteuropas und Südamerikas.

Dies gilt vor allem für die großen Mischfutterkonzerne: Größter Mischfutterkon-

zern mit weltweit über 100 Fabriken ist der amerikanische Getreide- und Rohstoffkonzern Cargill. Fast ebenso groß ist mittlerweile das thailändische Unternehmen Charoen Pokphand. Neben den asiatischen Herstellern Zennoh (Japan), NLCT (Südkorea) und Hope Group (China) beherrschen vor allem amerikanische und europäische Unternehmen die Mischfutter-Szene. Unter den weltweit größten 20 der Branche rangieren aus USA: Agribands, Purina Mills, Land-o-Lakes, Continental Grain, PM Ag Products und Consolidated Nutrition.

Wer wieviel hat

Die größten europäischen Hersteller: Hendrix/UTD-Nutreco (NL), Cebeco (NL), Sanders/Glon (F), Cehave (NL), Guyomarch (F), Verona Veronesi (I), BOCM Pauls (GB) und Dalgety (GB).

Die deutsche Mischfutter-Industrie konzentriert sich auf Nordwestdeutschland mit seiner hohen Viehdichte, sie besteht noch zum großen Teil aus mittelgroßen Unternehmen. Der deutsche Marktführer Deuka rangiert denn auch mit seinen 1,8 Mio. t/Jahr unter den EU-Größten nur auf dem neunten Rang. Rund vier Fünftel der Weltproduktion an Mischfutter kommen aus Nordamerika, der EU und Asien.

Verbraucher-Einfluss

Eine zunehmende Marktbedeutung sieht die Rabobank-Studie auch in den wachsenden Auseinandersetzungen um gentechnisch veränderte Futterbestandteile (wie Mais oder Soja) bzw. Futterzusätzen und in der Forderung nach gentech-freier Ware. Weltweit dominiert bei den Mischfutter-Anteilen der Mais mit 31 %, gefolgt von Ölsaatenmehlen (Soja, Raps, Baumwolle, Corn-gluten, Sonnenblumen), Kleien, Gerste und Weizen. Die Mischungsanteile und Marktverhältnisse sind in den verschiedenen Weltregionen allerdings sehr unterschiedlich. Die Rabobank-Studie geht in ihrer Analyse sehr spezifisch auf diese einzelnen Regionen ein. en

The Consolidating Feed Industry, hrsg. von der Rabobank International, Utrecht/NL, 1999, 94 Seiten mit zahlreichen Graphiken und Tabellen, 500 US-\$, Bezug über Rabobank Int., Solmsstr. 2 - 26, 60486 Frankfurt am Main.



„Zusammengehen nicht mit CDU und nicht mit Grünen“

Auf der AbL-Mitgliederversammlung kamen natürlich die Erfahrungen über 1 Jahr Rot-Grün zur Sprache

Zwei Dinge haben die Mitgliederversammlung der AbL Ende November bestimmt: erstens die Frage: Wie halten wir es mit den Grünen? und zweitens: Wofür steht heute der Begriff der bäuerlichen Landwirtschaft? (siehe dazu Seite 13).

Auf die erste Frage einigte man sich in Altenkirchen im Westerwald relativ schnell darauf, dass man keine zu große Nähe zur Partei der Grünen will. Der AbL-Bundesvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, selbst für die Grünen im Europaparlament, kündigte sogar an, Kontakt mit der CDU und dem Deutschen Bauernverband (DBV) an den Punkten aufzunehmen, wo sie „in unsere Richtung gehen“. Das führte denn auch zu einigen Irritationen, etwa bei Friedrich Ostendorff aus Westfalen: „Die haben wir früher immer bekämpft. Das müssen wir klären, wie weit wir mit denen zusammenarbeiten wollen.“ Graefe zu Baringdorf stellte klar, dass es „kein Zusammengehen mit der CDU geben werde, genausowenig wie mit den Grünen“. Die AbL bleibe eine parteipolitisch unabhängige Interessenvertretung, die mit Parteien punktuell zusammenarbeite, um bäuerliche Anliegen durchzusetzen.

Den meisten Mitgliedern sprach Graefe damit aus der Seele. Nach einem Jahr Rot-Grün sitzt die Enttäuschung über die Berliner Politik ziemlich tief. Diese Enttäuschung zog sich durch fast sämtliche Beiträge der ersten beiden Tage. Allerdings wurden daraus unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen.

Heinrich Angenendt, Bauer aus dem Münsterland (Bioland, 30 ha, Getrei-

de, Milch) ist über die rot-grüne Politik insgesamt verärgert.

Rot-Grün für Wachstum

Die Regierung handele auf allen Ebenen anders, als sie es im Wahlkampf versprochen habe. Besonders die Basisbewegungen, die Rot-Grün mit an die Macht gebracht hätten, fühlten sich regelrecht getäuscht. Angenendt nannte als Beispiel eine Haushaltsdebatte im Bundestag, in der sich Abgeordnete der Regierungsparteien „Redeschlachten“ darüber geliefert hätten, wer am besten Wirtschaftswachstum erreichen könne. „Für mich ist Wachstum das Produzieren von Sachen, die ich alle nicht brauche, bei dem all das zerstört wird, was ich eigentlich dringend benötige.“ Heinrich Angenendt äußerte den Wunsch an die Grüne Partei möglichst schnell wieder in die Opposition käme, „um dann nicht mehr all das verraten zu müssen, für das wir Jahre lang gekämpft haben“.

Verlorene Unschuld

Martin Hahn (demeter, 90 ha, 300.000 kg Milchquote, 15 ha Gemüse) vom Bodensee konnte sich zur rot-grünen Agrarpolitik zynische Ironie nicht verkneifen: „Ich bin glaub' 15 Jahre Mitglied der Grünen; ich hätte auch nicht gedacht, dass mich das erste Jahr Rot-Grün 20.000 Mark kostet. Das ist saudumm gelaufen. Aber man muss schon eine gewisse Toleranz dem Leben gegenüber haben.“ Bei all dem, was schiefgelaufen sei, werden deutlich: „Wir haben unsere Unschuld verloren, sie kommt nie mehr zurück, das ist vorbei! Und wer denkt, wir kommen

Die Entstehungsgeschichte der AbL ist stark verflochten mit den gesellschaftlichen Debatten und Bewegungen der späten 60er bis 80er Jahre, aus denen auch die Grünen als Partei entstanden sind. Nach mehr als einem Jahr Rot-Grün ist die Enttäuschung auch bei vielen AbL'erinnen und AbL'ern groß, dass die reale Politik der Grünen stark abweicht von den ehemaligen gemeinsamen Zielen.

Auf der Mitgliederversammlung der AbL Ende November in Altenkirchen war dieser Frust allgegenwärtig und die Sorge noch größer, dass die AbL sich aus dem lähmenden Sog der Grünen nicht befreien könnte. Im Vorfeld gab es deshalb manchen Unmut über die große personelle Nähe von einigen AbL-Vorstandsmitgliedern zur Grünen Partei. All das kam in Altenkirchen zur Sprache, doch führte das nicht zu einem Auseindertreiben von „grünen“ und „nichtgrünen“ AbL'ern. Im Gegenteil bewirkte die Diskussion in Altenkirchen bei den meisten wieder ein starkes emotionales Zusammenrücken; man besann sich auf die gemeinsame Basis im Herzen.

Neben den Erfahrungen mit Rot-Grün nahm die Frage, was heute unter Bäuerlichkeit zu verstehen ist, breiten Raum ein (Seite 12). Rückte man in der Loslösung von den Grünen zusammen, so herrschten hier größere Orientierungsschwierigkeiten als sonst. Es scheint einiges in Bewegung zu sein (Seite 13-14).

irgendwie wieder an die Wurzeln, der irrt.“ Man müsse jetzt gucken, was man daraus machen könne.

„Hatte keine Hoffnungen“

Ulrike Helberg-Manke aus Niedersachsen sagte, sie habe gar keine Hoffnungen gehabt: „Ich hätte mich vielmehr gewundert, wenn sie was auf die Reihe gekriegt hätten, weil ich weiß, dass es große Unterschiede gibt zwischen politischen Werten und Zielen und dem, was im politischen Tagesgeschäft tatsächlich umgesetzt werden kann.“

Näher zur CDU

Bäuerin Anneliese Schmech (Bioland, 26 Kühe) aus Überlingen am Bodensee, sprach dagegen wieder sehr wohl von zerplatzten Hoffnungen. Am Wahlabend habe sie gedacht, jawohl, sie haben es geschafft. Aber mittlerweile „haben wir in Baden-Württemberg fast bessere Verbindungen zur CDU als zur Rot-Grün in Berlin“.

Auch der umweltpolitische Direktor der Stiftung Europäisches Naturerbe, Lutz Ribbe, ist von Rot-Grün enttäuscht. Für die Umweltorganisationen seien, gerade im Agrarbereich, viele Hoffnungen zerplatzt, Hoffnungen auf mehr Umwelt- und Sozialverträglichkeit. Ribbe machte das an der Agenda 2000 fest. „Wir hatten schon die Hoffnung, dass die neue Regierung für die wenigen positiven Ansätze, die die Kommissionsvorschläge enthielten, kämpfen würde. Aber ich habe niemanden dafür kämpfen sehen.“

„Was wir aus all dem lernen müssen ist“, so Ribbe, „dass die Hoffnung auf die Grüne Partei und die SPD falsch

war. Wir hätten erkennen müssen, dass in diesen Parteien die Zahl derer, die für unsere Anliegen eintreten, immens gering ist.“ Aber es gebe auch Ausnahmen, nämlich in Nordrhein-Westfalen.

Damit sprach Ribbe den nächsten Redner an: Dr. Thomas Griese, Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft. Er habe, so Griese, schon auf der AbL-Mitgliederversammlung 1998 vor Illusionen gewarnt, weil die Parteien die Landwirtschaft allenfalls im „Seitenblick“ hätten. Das gelte allerdings nicht nur für SPD und Grüne. Es sei schließlich kennzeichnend für die Gesellschaft insgesamt.

Neuer Zungenschlag

Griese hob die Diskussion dann auf eine andere Ebene: „Die Frage ist doch umfassender: Wollen wir die Globalisierung oder wollen wir regionale Strukturen erhalten?“ In dieser Debatte gebe es in letzter Zeit einen „anderen Zungenschlag“ als bisher, ausgelöst durch den Kampf um bzw. gegen die Übernahme von Mannesmann durch den britischen Konzern Vodafone.

Eckehard Niemann aus Niedersachsen ging mit den zerplatzten Hoffnungen auf besondere Weise um: „Wer Hoffnungen auf Rot-Grüne gesetzt hat, ist jetzt enttäuscht, aber das ist gut so. Denn die meisten haben die Kräfteverhältnisse in der Politik falsch eingeschätzt.“ Insofern habe die Ernüchterung nun auch etwas Erholendes. *uj*

Was ist Bäuerlichkeit in heutiger Zeit

In Altenkirchen zeigte sich deutlich der Bedarf, über den Begriff der Bäuerlichkeit zu diskutieren. Erste Erklärungsansätze geben Orientierung

Wofür steht die AbL heute. Was ist in der heutigen Zeit unter Bäuerlichkeit, unter einem bäuerlichen Betrieb zu verstehen. Das waren die wirklich schwierigen Fragen, die sich die AbL-Mitglieder auf ihrer Jahresversammlung stellten. Die Unsicherheit darüber wurde deutlich, ob denn die eigenen Betriebe noch als „bäuerlich“ zu bezeichnen sind, ob man als gewachsener Betrieb nicht mehr zur AbL gehören könne, und letztlich auch, ob man mit „Bäuerlichkeit“ in

hätte nicht nur Investitionen gefordert, sondern auch meine volle Arbeitskraft auf dem Betrieb. Ich arbeite zur Zeit auf einer halben Stelle BATIV b. Um dieses Gehalt monatlich auf dem Betrieb zu erwirtschaften, hätte ich eine Direktvermarktung aufbauen müssen, die vielleicht erst nach vielen Jahren den gleichen Ertrag gebracht hätte. Mein Arbeitsplatz in der Frauenberatungsstelle ist auch keine gesicherte Existenz, aber für diese Arbeit brauche ich noch nicht mal einen

in Kassel und Landwirt im Nebenerwerb, nahm diese Fragen in seinem Vortrag auf und erklärte Bäuerlichkeit in einer weitergehenden Form. Denn auch seiner Ansicht nach „haben wir ein sehr enges Bild von bäuerlicher Landwirtschaft, was bäuerlich sei und was nicht.“

Zu enges Bild

Wir stehen uns damit selber häufig im Wege, weil wir vorzugsweise bestimmte Zustände und Bilder festschreiben wollen und dann eben sagen: bis dahin ist es bäuerlich und dann nicht mehr.“ Sein Definitionsansatz lautete:

Neuere Definition

„Bäuerliche Landwirtschaft haben wir in unterschiedlichen Formen, haben wir auch, wenn Formen sich ändern. Vom Grunde her, meine ich, steht in Abgrenzung zu einer anderen Weise von Landwirtschaft:

1. die Orientierung der Bodenbewirtschaftung, des Hofes am Arbeitseinkommen, nicht an Gewinnmaximierung – Opas Arbeitsplatz nicht als Kapitalverwertung -, und
2. ein Verständnis zu anderen Höfen als Nachbarschaft und nicht als Verdrängungswettbewerb.

Immer werden wir das dann auch festmachen müssen an konkreten Verhältnissen, wir werden über Flächenbindungen streiten müssen, über Obergrenzen und vieles mehr. Aber wenn die sich doch ändern, weil wir es nicht verhindern können oder weil wir auch selbst Änderungen wollen, dann fallen wir nicht mehr in diese zerstöre-

rische Haltung zurück zu sagen: Das ist jetzt nicht mehr bäuerlich!“

Bäuerlichkeit als Produktionsform

Nach Ansicht von Karl-Friedrich Osenberg, Milchbauer (spezialisierte Grünlandbetriebe, 320.000 kg Milchquote) im Sauerland und langjähriges Vorstandsmitglied der AbL, führen alte Begrifflichkeiten bzw. ein altes Verständnis von Bäuerlichkeit dazu, dass die AbL in vielen Fällen vor Ort nicht mehr ankomme und „die Herzen nicht mehr bewege“. Für Osenberg beschreibt der Begriff der Bäuerlichkeit „eine Produktionsform und eine Haltung, und macht nicht zwingend eine Aussage über die Betriebsgröße“.

Für den Kollegen Martin Hahn (demeter, 90 ha, 300.000 kg Milchquote, 15 ha Gemüse) vom Bodensee hat die Zugehörigkeit zur AbL „erstmal nichts mit der Betriebsgröße oder Betriebsausrichtung zu tun. Wir haben bisher Direktvermarktung gemacht und haben das im letzten Jahr alles eingestampft, weil es für meinen Betrieb nicht getaucht hat. Das hat doch nichts damit zu tun, ob wir in der AbL sind. Ob wir von Hand melken oder im Melkkarussell ist doch nicht die entscheidende Frage, warum wir hier sind, sondern dass wir ein anderes Bild haben von dem, wo es hingehen soll. Jeder wird auf der Reise, auf dem Weg, hoffentlich gucken, dass er seinen Betrieb im Geschäft hält. Wenn er das tut, ist er erfolgreich und ein wertvolles Mitglied der AbL. Das ist meine Sicht.“

uj



Ist in der AbL noch Platz für einen 90 ha-Betrieb mit 50 Milchkühen, der für den Weltmarkt produziert? Diese Frage stellte Ulrike Helberg-Manke in Altenkirchen. Fotos: Jasper



„Ob wir von Hand melken oder im Melkkarussell ist nicht entscheidend. Jeder, der seinen Betrieb im Geschäft hält, ist ein wertvolles Mitglied der AbL.“ sagt Martin Hahn.

der Gesellschaft und besonders bei jungen Berufskollegen noch landen könne.

„Noch Platz für uns?“

Ulrike Helberg-Manke aus Niedersachsen schilderte eindringlich die Entwicklung ihres Betriebes und fragte, ob für sie „noch Platz“ sei in der AbL: „Als ich damals auf den Hof gegangen bin, haben wir lange diskutiert, ob ich in den Hof einsteige, oder ob ich lieber außerhalb berufstätig werde. Ich habe mich für den zweiten Weg entschieden. Zu diesem Zeitpunkt standen 36 Kühe im Anbindestall mit Nachzucht. Eine Voll-Arbeitskraft und zwei rüstige Altenteiler teilten sich die Arbeit. Als wirtschaftliche Perspektive für die nächsten 20 Jahre reichte dieser Kuhbestand nicht aus und auch die arbeitswirtschaftliche Situation erforderte eine Veränderung. Die natürlichen Standortbedingungen, maximal 36 Bodenpunkte, steinreich und wasserarm, verhinderten den Einstieg in eine ökologische Wirtschaftsweise mit Ackerbau und Gemüse. Direktvermarktung von Milch und Käse, ökologisch oder konventionell,

Bleistift zu investieren. Auf dem Hof bauten wir 1996 einen Kuhstall, Boxenlaufstall, mit 58 Liegeplätzen und zusätzlichen Rindern. Wir melken zur Zeit 50 Kühe, und selbstverständlich hätten wir gerne noch mehr Quote. Wir produzieren für den so genannten Weltmarkt, d.h. wir liefern die Molke- und Nordmilch, die für den Weltmarkt gerüstet sein will. Obwohl wir die einzelbetriebliche Förderung in Anspruch nahmen, werden wir erst in 20 Jahren sagen können, ob sich die Investition betriebswirtschaftlich gelohnt hat. Aber wir haben einen qualitativ hochwertigen Arbeitsplatz erhalten und zusätzlich einen Ausbildungsplatz geschaffen.

Selbstverständlich entspricht diese betriebliche Entwicklung nicht den Vorstellungen der AbL. Deshalb die Frage: Haben wir noch Platz in der AbL, sind wir hier noch richtig? Soll ich für etwas kämpfen, das ich selbst nicht realisieren kann? Bin ich noch glaubwürdig mit selbst und den anderen gegenüber? Für wen kann die AbL noch politische Heimat sein?“

Onno Poppinga, einer der Gründungsväter der AbL, heute Professor



Fotos: Schievelbein

Neu im Vorstand

Neu in den Bundesvorstand der AbL wählte die Mitgliederversammlung Bernd Voss (45, rechts im Bild) aus Schleswig-Holstein. Der konventionelle Milchbauer aus der Wilstermarsch (AKW Brockdorf ...) ist zusätzlich noch im Aufsichtsrat einer Molke-Genossenschaft, Ortsvertrauensmann im Bauernverband sowie Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Landwirtschaft der Grünen in Schleswig-Holstein. Im Bild unterhält sich der Milchexperte Voss mit der Milchexpertin Dorothee Biermann aus Westfalen.

„Lasst uns über die Zukunft diskutieren, denn es ist viel in Bewegung“

Die Welt hat sich verändert. Alte Wahrheiten passen nicht mehr so recht mit der Realität zusammen. Das ist auch in der Landwirtschaft so. Noch ist es schwer, die Veränderungen richtig zu begreifen. Vielleicht wächst da sogar eine neue Bewegung heran, meint Hugo Gödde



Bauernstimme: Du hast auf der ABL-Mitgliederversammlung dazu aufgerufen, mehr über die Zukunft zu diskutieren um zu neuen Orientierungen für das Handeln zu kommen. Was meinst Du damit?

Hugo Gödde: Ich habe den Eindruck, dass wir in noch stark in Bildern und Positionen denken, die in den Diskussion der 70er und 80er Jahre entstanden sind. Dabei hat sich die Welt um uns herum enorm geändert. Zum Beispiel die Globalisierung, die immer schneller von

statten geht. Da fusionieren mittler-



Foto: Jasper

weile Hans und Franz, und man steht nur noch staunend davor und versteht es gar nicht. Das betrifft ja auch die Landwirtschaft; wenn die Molkereien so weiter fusionieren, gibt es in 10 Jahren in Deutschland nur noch eine große Molkerei fürs Grobe und vielleicht ein paar Kleine für die Nischen.

Was aus bäuerlicher Sicht ja nun nicht gerade zu befürworten ist, denn die Belange der Bauern und Bäuerinnen drohen dabei unterzugehen.

Eben. Aber der vorherrschende Trend in unserer Gesellschaft geht zur Zeit erstmal stark in Richtung Turbokapitalismus, der bestimmt ist von rein betriebswirtschaftlichem Denken und Shareholder Value, also der kurzfristigen Gewinnmaximierung für die Aktionäre. Das hängt aus ideologischer Sicht sicherlich auch mit der Wiedervereinigung und dem Wegfallen einer alternativen gesellschaftlichen Idee zusammen – sozusagen als freie Fahrt für einen besonders schnellen Kapitalismus.

Die Frage ist aber doch, ob dem noch etwas entgegenzusetzen ist.

Ich denke schon, dass es dazu inzwischen erste Gegenströmungen und Gegenorientierungen gibt, weil kluge Köpfe herausgefunden haben, dass eine solche Entwicklung auch mit schweren gesellschaftlichen Schäden einher geht. Wenn etwa die Regierungen gegenüber den Unternehmen an Macht verlieren, denn sobald denen was nicht passt, klagen sie über schlechte Standortbedingungen und drohen, woanders hinzugehen, wobei sie ja sowieso schon zur Hälfte woanders sind. Dagegen gibt es heute zumindest warnende

Stimmen, die sagen, dass dieses Primat der Ökonomie in Schranken gewiesen werden muss. Das alleinige Starren auf steigende Dividenden der Aktionäre bedeutet eben auf der anderen Seite, dass alles andere daneben gleichgültig zu sein scheint. Das hat natürlich gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen, die wir uns noch gar nicht richtig vor Augen führen. Am augenfälligsten wird das bislang, wenn mal wieder wie über Nacht 10.000 Arbeitskräfte Entlassen werden, weil damit an der Börse steile Kursgewinne zu

erwarten sind, ohne darüber nachzudenken, wie schwer es ist, für jeden einzelnen wieder einen Arbeitsplatz zu schaffen.

Aber was hat das mit der Situation auf den Höfen zu tun?

Auch da hat sich doch in den letzten 10 Jahren vieles geändert. Nicht zuletzt durch die Wiedervereinigung haben ganz neue Kategorien und Dimensionen Eingang in unsere Landwirtschaft und in unser Denken gefunden. In Westfalen war vor 10 – 15 Jahren einer, der z.B. von 150 Sauen oder gar 200 Sauen pro Betrieb gesprochen hat, sozusagen ein Utopist. Heute redet man wie selbstverständlich über 200 oder sogar 300 Sauen, die man relativ kurzfristig anzustreben hat.

Werden diese Größenordnungen wirklich als etwas anstrengenswertes angesehen, obwohl die Sauenhalter dann doch vor lauter Arbeit gar nicht mehr aus dem Stall kommen?

Ich glaube schon, dass es in den letzten Jahren zu einem deutlichen Übergewicht der Wachstumsideologie und Rationalisierungslogik gekommen ist. Nicht alle, aber doch sehr viele Landwirte, die in die Zukunft planen, denken wie selbstverständlich darüber nach, von wem sie die nächsten Flächen dazupachten können und wie sie ihre Tierbestände ausdehnen können.

Lässt sich das an konkreten Entwicklungen aufzeigen?

Wir stecken mitten in einem rasanten Strukturwandel. In Westfalen-Lippe gab es 1986 noch 23.000 Milchkuhhalter, 1996 waren es 11.000, und die Landwirtschaftskammer geht für das Jahr 2006 von nur noch 6.000 Milchviehbetrieben aus. Innerhalb von 20 Jahren geben also drei Viertel der Be-

triebe die Milchviehhaltung auf. Bei den Mastschweine- und den Sauenhaltern ist es ähnlich. Es geht nicht um einen irgendwie gearteten Strukturwandel, den wir immer schon hatten, sondern um einen Strukturbruch, der die Landwirtschaft und die bäuerlichen Betriebe grundlegend verändert.

Das hört sich stark nach Untergang der bäuerlichen Landwirtschaft an.

Langsam! Es gibt unter den Landwirten ja nicht nur die Durchstarter für den Weltmarkt, sondern daneben orientiert sich eine stetig wachsende Zahl von Betrieben hin zu anderen Märkten und sucht sich da eine Perspektive. Ob die Betriebe nun einen großen Hofladen haben, Wochenmärkte beliefern oder bei Markenprogrammen mitmachen; ob sie über Einkommenskombinationen den Hof verteidigen und weiterentwickeln: durch Landfrauenaktivitäten, Bauernhofcafés oder eigene Energieerzeugung. Oder bis hin zu anderen als konventionellen Produktionsweisen: ob artgerecht, bio, regional oder sonst irgendwas.

Die Aufgeschlossenheit der Landwirte gegenüber all diesen Wegen war noch nie so groß wie heute. Viele sehen darin ein Stück Hoffnung für den Betrieb, auch deshalb, weil andere vorge-macht haben, dass es geht und dass sie dadurch wieder eine Perspektive sehen.

Also die Vielfältigkeit, das Nachdenken in der Breite der möglichen Wege, ist gerade für kleine und mittlere Betriebe eine Notwendigkeit, um die Wertschöpfung ihrer Arbeit zu erhöhen.

Die einen wachsen in die Mengen, die anderen in Spezialmärkte. Gehört der 20-Kuh-Betrieb als das klas-

sische Klientel der AbL damit der Gesellschaft an?

Nein, es wird diese Betriebe noch geben, aber ganz anders. Sie haben aus der reinen Produktion – wenn sie nicht noch andere Dinge als Zuerwerb dazu machen – keine wirtschaftliche Perspektive mehr, das ist der Punkt. Das wissen sie auch, deshalb raten sie ihren Kindern ja auch davon ab, den Hof weiterzumachen. Und die Kinder machen es ja auch nicht. Es sei denn, sie organisieren die 20 Milchkühe als Nebenerwerb in Verbindung mit Einkommenskombinationen oder einer besonderen Vermarktung und nicht mit dem Anspruch, allein von der deren Milch zu leben. Das ist dann aber eine andere Strategie.

Hat das denn dann noch was mit „bäuerlicher Landwirtschaft“ zu tun, wie die AbL sie versteht?

Ich denke, wir müssen darüber nachdenken und diskutieren, dass der Begriff, den wir in den 80er Jahren von Bäuerlichkeit hatten, heute nicht mehr passt – zumindest als politische Perspektive für eine in sich relativ stabile soziale Gruppe, die sich auch als Gruppe empfindet und organisiert in dem Sinne „Wir treten für unsere klein- und mittelbäuerlichen Interessen ein“, d.h. mit dem entsprechenden Bewusstsein. Diese Gruppe gibt es heute so nicht mehr. Andererseits gibt es auch große Betriebe, die voll im Saft stehen, und sich trotzdem überlegen, ob sie die Landwirtschaft an den Nagel hängen. Die unterschiedlichen, einigermaßen stabilen Gruppen verflüchtigten sich, die sozial-ökonomischen Schichten mit ähnlich gelagerten Interessenslagen brechen auseinander.

Und was tritt an deren Stelle?

An ihre Stelle tritt zunehmend eine Atomisierung. Es bilden sich viele kleine Gruppen entsprechend der vielen unterschiedlichen, eher individuellen Teil-Interessen. Das trifft ja auch den Bauernverband oder die Landwirtschaftskammer. Spezialisierte Getreidebauern etwa lassen sich heute nicht mehr von der Kammer beraten, son-

dern von wiederum spezialisierten Beratungsunternehmen und so weiter.

Was folgt für die AbL daraus, als bisherige Interessenvertretung der kleineren und mittleren Betriebe?

Wir müssen darüber nachdenken, wie wir in einer solchen Umbruchsituation, die wir ja gar nicht ganz begreifen,



den Betrieben eine Perspektive bieten können. Man kann nicht einfach sagen, wir lassen alles so wie es ist und verteidigen in alter Art und Weise die kleinen Betriebe, wohl wissend, dass man die Verhältnisse nicht so schnell ändert, um die Strukturen zu sichern. Es ist also um so notwendiger zu sagen, wie man diesen Betrieben aus ihrer Situation heraus helfen und ihnen gleichzeitig ein Stück Perspektive anbieten kann. Diese unmittelbare Verknüpfung halte ich für unbedingt notwendig, weil wir sonst in eine Situation kommen, dass wir nichts weiter sagen können, als dass die Bauern auf dem Hof bleiben sollen, sich vielleicht ein klein Bisschen entwickeln sollen – und in 10 Jahren stehen sie dann davor und sagen: Jetzt haben wir unser Leben verpatzt.

Aber wie könnte eine solche Unterstützung für die Betriebe aussehen? Welche Aufgabe hat eine Interessenvertretung für derartige Betriebe, die sich auf die verschiedensten Wege machen?

Natürlich ändern sich damit die Interessen und Wünsche z.B. an Beratung, an Interessensvertretung und an Politik. Ein auf Mehrgliedrigkeit organisierter Betrieb muss viel mehr über Marketing und Öffentlichkeitsarbeit nachdenken, sich in Fragen von Kommunikation und Werbung qualifizieren und eben nicht nur in Produk-

ren. Also, ob im Rahmen des Sparpakets Geld für Landwirtschaft eingespart wird oder nicht ist eine Frage der Anerkennung von Landwirtschaft in unserer Gesellschaft. Und wofür aus Brüssel noch Geld fließt hängt davon ab, ob die Gesellschaft sagt, jawohl, für die und die Landwirtschaft ist das in Ordnung.

Politik also auf „Umwegen“ über die Gesellschaft?

Wir wissen das doch aus unserer Geschichte, dass Agrarpolitik in unserem Sinne immer Gesellschaftspolitik ist. Das, denke ich, ist unsere einzige Chance. Und da bietet die Arbeit auf den Höfen, die sich für die Bevölkerung öffnen, und die Arbeit in den verschiedenen Regionalprojekten eine große Chance, weil da der direkte Draht zur Gesellschaft hergestellt werden kann. Ohne diesen Draht sind die Projekte ja gar nicht lebensfähig. Insofern ist die Unterstützung der Projekte und der darin beteiligten Betriebe dann auch eine in starkem Maße politische Arbeit.

Wird darüber die Globalisierung und Wachstumsideologie denn zu bremsen sein?

Die regionalen Bündnisse aus Landwirtschaft und Gesellschaft werden die Globalisierung nicht aufheben, aber sie werden vielleicht als Teil einer Gegenströmung durchaus eine Rolle spielen. Diese Gegenströmung gegen den Trend der Globalisierung zielt zur Zeit auf Punkte wie: Verteidigung von überschaubaren Kulturen, von überschaubaren Verhältnissen, in denen man politisch Einfluss nehmen kann, wo man mitbestimmen kann, oder aber einfach – und das wird in unserem Bereich eine Rolle spielen – dass man weiß, wo das, was man isst, herkommt und man die Vorstellung hat, dass es sicher ist. Wer weiß, vielleicht wächst aus diesen Ansätzen ja bald eine neue gesellschaftliche Bewegung. uj



Französischer Konzern steigt bei Bio-Molkerei Scheitz ein

Fünftgrößte Molkerei Europas soll den Export für die Andechser organisieren

Für Europa! So überschrieb die Andechser Molkerei der Familie Scheitz eine Pressemitteilung, in der sie bekanntgab, dass sie „mit der französische Firma Bongrain nun eine Allianz geschlossen“ habe. In der Lebensmittelzeitung war einen Tag später zu lesen: „Der französische Milchkonzern Bongrain S.A. (Umsatz 3,7 Mrd. DM) hat eine Minderheitsbeteiligung an der Andechser Molkerei Scheitz GmbH erworben.“

Barbara Scheitz, Geschäftsführerin für Marketing bei der größten deutschen Biomolkerei, erläutert gegenüber der Bauernstimme das Ziel der bislang einmaligen Kooperation im deutschen Biomolkereisektor: „Unser Ziel ist es, die Auslandsmärkte wie England und Frankreich zu bearbeiten, vor allem Frankreich.“ Schon jetzt exportiert die bayerische Molkerei Scheitz nach Frankreich, aber noch hauptsächlich Bio-Rohmilch zur weiteren Verarbeitung. Die Rede ist von einem Drittel der Andechser Bio-Rohmilch, die diesen Weg nehme. Durch die neue Kooperation mit Bongrain sollen dann fertig verarbeitete Produkte exportiert werden, vor allem Joghurt der Marke „Andechser Bio“ für den allgemeinen Lebensmittelhandel. Angepeilt ist laut Barbara Scheitz, dass in drei bis fünf Jahren etwa die Hälfte der Andechser Produkte exportiert wird. Scheitz sammelt Biomilch von über 400 Biobauern und kommt nach eigenen Angaben auf eine Jahresmenge von über 60 Mio. kg Biomilch.

Ziel: 50 % Export

Bongrain soll den Vertrieb in Frankreich übernehmen. Noch gebe es keine festen Verträge mit französischen Handelsgruppen, aber dafür sei jetzt mit Bongrain die strukturelle Basis gelegt worden. Die Andechser rechnen damit, dass sie noch im ersten Halbjahr 2000 „starten“ können.

Markt Frankreich

Frankreich ist derzeit ein stark wachsender Markt für Bioprodukte. Laut Helga Willer von der Stiftung Ökologie & Landbau ist der Umsatz mit Biowaren dort in den letzten Jahren wertmäßig pro Jahr um rund 25 % gewachsen. Besonders eine

Häufung von Lebensmittel-Skandalen in der ersten Jahreshälfte 1998 brachte die allgemeine Ernährungswirtschaft in Misskredit und erhöhte das Interesse vieler Franzosen an ökologisch erzeugten Waren. Die inländische Produktion hielt da nicht mit.

Die französische Biomilcherzeugung ist von 1997 auf 1998 um 34 % gestiegen und belief sich 1998 auf 94 Mio. kg. Laut Prof. Hamm sollen 1999 in Deutschland ca. 340 Mio. kg Biomilch erzeugt worden sein. Das in Frankreich für den Milchmarkt zuständige Produktamt ONLAIT bezifferte Ende 1998 den französischen Bedarf nach Biomilch auf 2,5 % der gesamten Milcherzeugung im Land, während die Biomilchproduktion lediglich 0,2 % ausmache. Importe sind die Folge. Mehrere deutsche Molkereien liefern Biomilch über die Grenze.

Partner Bongrain

Der neue Partner der Molkerei Scheitz im französischen Biomarkt bislang wenig engagiert. Bongrain hat eine eigene kleine Biomolkerei (Raoussat im Departement Haute Saone) und verkauft Biokäse unter eigenem Namen. Im konventionellen Sortiment beliefert Bongrain alle großen französischen Lebensmittelketten. Im Vergleich zu Scheitz ist Bongrain ein übergroßer Riese: Der fünftgrößte Molkereikonzern in Europa expandiert weltweit, u.a. in Osteuropa, Südamerika und den USA. Sogar ein Pilotbetrieb in China gehört zum Konzern. 1998 machte die Aktiengesellschaft 3,7 Mrd. DM Umsatz.

Beim Familienunternehmens Scheitz liegt der erwartete Umsatz für 1999 bei 148 Mio. DM bei 110 Mio. kg Milch (bio und konv.). Doch Barbara Scheitz geht über die Frage nach Abhängigkeiten schnell hinweg und betont die „Chancen, gemeinsam zu wachsen“.

Angesprochen auf denkbare Widersprüche, ökologisch erzeugte Waren weit zu transportieren, antwortet sie, dass es natürlich das Schönste sei, vor Ort zu verkaufen, wie die Molkerei es ja auch betreibt, aber der Absatz in der Nähe reiche eben nicht aus. *uj*

KURZES AM RANDE

Dänen kämpfen mit Biomilch-Überschuss

Rund die Hälfte der dänischen Biomilch findet derzeit als Biomilch in Dänemark keinen Absatz. Das liegt nicht etwa an einer fehlenden separaten Erfassung der Biomilch, sondern am unzureichenden Inlandsabsatz für das stark gestiegene Angebot. Zu den 672 Biomilchbauern Ende 1998 (zusammen 342 Mio. l) sind im Jahr 1999 rund 200 Biomilcherzeuger hinzugekommen. Die in Dänemark alles beherrschende Molkerei „MD Foods“, die 90 % aller „dänischen“ Milch verarbeitet, hat den festen Bio-Preisaufschlag von 20 % für Neueinsteiger auf 15 % reduziert. Eine absatzabhängige Bioprämie wird schon seit Monaten nicht mehr ausbezahlt. Das meldet der Ernährungsdienst. Auch die dänischen Handelskonzerne sind demnach auf Tauchgang, nachdem sie lange Zeit nach mehr Biomilch geschrieben haben. Immerhin beträgt der Anteil der Biomilch am Milchabsatz in Dänemark bereits 20 %. Bei Joghurt sind es 6 %, bei Käse knapp 3 %. Die den Ökolandbau fördernde dänische Politik sieht die Hauptursache der Flaute darin, dass das Engagement der MD Foods im Biobereich stark nachgelassen habe, was die Molkerei natürlich zurückweist. Beide zusammen sehen einen Ausweg im stärkeren Export der Biomilchprodukte. Trinkmilch soll nun vor allem nach England verschifft werden, und Butter und Käse sollen stärker in Deutschland abgesetzt werden. *uj*

MD Foods bringt Öko

Der dänische Molkereikonzern MD Foods (s.o.) hat auf der Fachmesse Anuga sein Öko-Sortiment vorgestellt. Es enthält u.a. einen Öko-Buko, einen Öko-Havarti und eine Öko-Butter. Ab 1. Januar soll die Werbung für Ökoprodukte in Deutschland anlaufen. *en*

Ein Drittel mehr Biomilch in Schweden

In der ersten Jahreshälfte 1999 ist den schwedischen Molkereien mit 37,8 Mio. kg eine um 21 % höhere Biomilchmenge angeliefert worden als im Vergleichszeitraum 1998, wie die ZMP meldet. Anfang Juli produzierten in Schweden laut ZMP insgesamt 354 landwirtschaftliche Betriebe Biomilch. Der Absatz von Bio-Trinkmilch nahm in der ersten Jahreshälfte 1999 um 36 Prozent auf 19,4 Mio. kg zu. *pm*

Danish Crown will Biofleisch

Der größte dänische Fleischkonzern Danish Crown hat sich am Biofleisch-Vermarktungsunternehmen Friland Food beteiligt. Der Friland-Jahresumsatz von derzeit 26 Mio DM soll gemeinsam erheblich ausgeweitet werden. *en*

Bioland-Delegierte unzufrieden mit ÖPZ

Die Bioland-Delegiertenversammlung vom 23.11.99 in Fulda hat deutliche Kritik an der Ausgestaltung des neu geschaffenen einheitlichen Ökoprüfzeichens (ÖPZ) geäußert. Insbesondere die Höhe der Nutzungskosten sowie „praxisferne Vergabebedingungen“ ließen derzeit Handelsunternehmen und Lebensmittelverarbeiter vor einer Zeichennutzung zurückschrecken, heißt es in einer Pressemitteilung des Verbandes. Die Delegierten forderten die Ökoprüfzeichen GmbH sowie deren Gesellschafter CMA und AGÖL dringend zu Änderungen auf. Nach Ansicht von Bioland solle die Nutzung des Zeichens nur an die Einhaltung der EU-Ökoverordnung gebunden werden, nicht aber an die strengeren Regeln der AGÖL (Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau). Dann könnten sich Zeichen der Anbauverbände mit strengeren Richtlinien als Hinweis auf Premiumqualitäten von den ÖPZ-Produkten absetzen. Kritik löste auch die Kostenregelung des ÖPZ aus. Das vorgesehene Kostenniveau von 1 % des Nettoverkaufspreises sei für den Handel untragbar und würde letztendlich mittels Reduzierung der Erzeugerpreise auf die Biobetriebe abgewälzt, fürchtet Bioland. Statt einer Unterstützung des Ökolandbaus würde dies zu einer finanziellen Belastung der Biobetriebe und zu einer Verteuerung von Ökoprodukten am Markt führen. *uj*

NABU und DVL planen bundesweites Siegel für Regionalprodukte

Der NABU (Naturschutzbund Deutschland) und der Verband für Landschaftspflege (DVL) planen, ein bundesweit einheitliches Gütesiegel für regionale Produkte einzuführen. Damit sollen „transparente Richtlinien für die Regionalvermarktung“ geschaffen werden und gleichzeitig VerbraucherInnen ein Einkaufswegweiser an die Hand bekommen, so Stefanie Lotz vom NABU. Das Zeichen soll nur vergeben werden, wenn nach festzulegende Mindeststandards von den regionalen Projekten erfüllt werden. NABU und DJV werden in dieser Arbeit vom Umweltbundesamt unterstützt. *uj*



FAL-Unruhe

Unruhe bei der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL): Turnusgemäß endete die zweijährige Präsidentschaft für Prof. Isermeyer, der an Prof. Sommer übergab. Während der Feierstunde kritisierte Isermeyer Minister Funke, der mit Bestandsgarantien für die FAL-Standorte Celle/Höfer und Trendhorst die Umstrukturierung unterlaufe. Offenbar spiele es eine Rolle, wer seinen Wahlkreis in Celle habe. Wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Lebensmittelgesetz ist Prof. Ellendorff als Leiter des FAL-Institutes für Tierzucht zurückgetreten. In Produkte vom Standort Celle sind erhöhte PCB-Werte gefunden worden, die lange bekannt waren.

Forschen in der wilden Landschaft. Eigenes Institut für Ökolandbau

Die Frage ist, worüber und für wen am neuen Institut geforscht werden soll

Beim ökologischen Landbau steht die Forschung in Deutschland noch am Anfang. Vereinzelt gibt es an verschiedenen Hochschulen Lehrstühle für Ökolandbau und wird an Hochschul-Instituten geforscht. Aber ein eigenes Bundesforschungsinstitut für den Ökolandbau gibt es bislang nicht. Der Forschungsbedarf ist gleichwohl vorhanden, besonders im Bereich der Tierhaltung. So einigten sich die Regierungsparteien schon im Koalitionsvertrag darauf, ein eigenes Institut für den ökologischen Landbau einzurichten. Im November 1999 bewilligte der Haushaltsausschuss des Bundestages denn auch die ersten 5 Mio. DM für Investitionen und Gehälter eines/r Leiter/in und vier Wissenschaftler/innen.

Standort Trendhorst

Auf der Suche nach einem geeigneten Standort fiel der Blick schnell auf Trendhorst in Schleswig-Holstein. Dort gibt es eine Außenstation der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) in Braunschweig. Zum ehemaligen Gut Trendhorst-Wulmenau gehören gut 500 ha Nutzfläche mit schweren Böden und riesige alte Gutsgebäude. Das Forschungsgut mit über 30 Angestellten hat eine langjährige Tradition im Bereich der konventionellen Tierproduktion. Momentan erarbeiten Experten im Bundeslandwirtschaftsministerium (BML) ein Grobkonzept für die neue Arbeit des Institutes. Bis März soll das Konzept fertig sein, auf dessen Basis der Berufungsausschuss der FAL eine Ausschreibung für einen neuen Institutsleiter formuliert, der plangemäß im Juni 2000 ausgesucht sein soll.

„Das ganze steht und fällt mit der Person des Institutsleiters“, meint Paul Ney, wissenschaftlicher Mitarbeiter der grünen Bundestagsabgeordneten Steffi Lemke. „Der muss in der Ökoszene akzeptiert sein“. Wissenschaftler, die vorher Fragen der konventionellen Landwirtschaft untersucht haben, könne man nicht einfach auf Ökolandbau umpolen. Das sei unglaublich unwürdig.

Praxis-Wünsche ...

An die inhaltliche Arbeit des Institutes knüpfen PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und VertreterInnen der Bio-Bauern und -bäuerinnen große, aber z.T. recht unterschiedliche Hoffnungen. Für die Praxis auf den Biohöfen wäre ein integratives Forschungskonzept nützlich, das im Bereich der Tierhaltung nicht nur einzelne Experimente z.B. zu Haltungsförderung, Zucht und Tiermedizin miteinbezieht.

Bei der Tiermedizin sieht auch Jürgen Hansen, Geschäftsführer des Ökorings in Schleswig-Holstein, Forschungsbedarf. Besonders wichtig ist ihm außerdem, dass ein Versuchsbetrieb aufgebaut wird, der möglichst wirtschaftlich arbeitet. Am Beispiel des Versuchsbetriebes muss klar werden, dass auch auf Biohöfen die Ökonomie stimmt. „Sonst setzt sich der Ökolandbau nicht durch“, befürchtet Hansen.

Bereits im März 1999 hat die AGÖL als Vertreterin der Öko-Anbauverbände ihre Vorstellungen für die Arbeit des Institutes beim BML eingereicht. Neben Fragen der Tierhaltung, insbesondere der Geflügelhaltung, wünscht sich die AGÖL als Forschungsschwerpunkte z.B. das Thema Kupferinsatz zu Pflanzenschutz Zwecken und die Bodenbearbeitung in Wasserschutzgebieten. Dr. Manon Haccius, Geschäftsführerin der AGÖL, spricht sich ferner für Koordinierungsarbeiten zu laufenden Forschungsvorhaben anderer wissenschaftlicher Einrichtungen aus.

... oder Politikberatung

Prof. Folkhard Isermeyer, bis Ende 1999 Präsident der FAL, versetzt den Erwartungen der Praktiker jedoch zunächst einen Dämpfer. Er weist darauf hin, dass der satzungsgemäße Zweck der FAL vorsieht, wissenschaftliche Grundlagen zur Beratung der Politik zu schaffen. Die praxisbezogene Beratung der Ökobauern hingegen sei Ländersache. Er räumt allerdings ein: „Wenn wir relevante Forschungsarbeit machen, kommt dabei auch etwas für die Praxis heraus.“ Bisher sei nicht entschieden, ob das Institut eher integrative Ansätze bearbeiten oder ob in einzelnen experimentellen Einheiten geforscht werden solle.

Auch wenn das Konzept für Trendhorst noch nicht steht, Paul Ney ist zufrieden. Der Ökolandbau als „einziger Wachstumssektor in der Landwirtschaft“ erhalte durch das eigene Institut endlich einen angemessenen Stellenwert in der Ressortforschung des Bundes.

Mit dem Institut kann für den Ökolandbau viel erreicht werden. Ob dieses Potenzial ausgeschöpft wird, hängt nun von den Verhandlungsergebnissen der Wissenschaftler ab: ob sie sich entschließen, praxisrelevante Fragen untersuchen zu lassen, ob ein gut funktionierender und überzeugender Versuchsbetrieb aufgebaut wird und nicht zuletzt ob der neue Institutsleiter voll hinter dem ökologischen Landbau steht. Ute Hörcher

Anzeige



Neues vom
Feld
der Ähre.

Berichte aus Landwirtschaft und Forsten, aus Umwelt und Natur.
Montags - freitags 11.35 Uhr,
samstags 11.50 Uhr.

Deutschlandfunk
Das Informationsprogramm

Service-Nr.: 01 80-332 23 46; Kabelfrequenzen: 08 00-330 05 53; ARD/ZDF-Videotext: Telefon 6 30-637; www.dradio.de

Was der Bauer nicht kennt, das ist er nicht", so die hochdeutsche Übersetzung eines alten plattdeutschen Sprichwortes. Seine Schweine sind da nicht ganz so anspruchsvoll, fressen sie doch einiges, was der Bauer zumindest nicht mehr so genau kennt. Gemeint sind hier gar nicht illegale Futtermittelzusatzstoffe vergangener Skandale, sondern relativ banal anmutende, meist über das Mineralfutter der Ration zugefügte Bestandteile wie Vitamine, Aminosäuren oder Organische Säuren.

Im Bereich der artgerechten Tierhaltung, bei den Bioverbänden oder Neuland, sind synthetisch erzeugte – also nicht natürlich vorkommende – Futtermittelzusatzstoffe immer geächtet, wenn nicht verboten gewesen. Der Prozess des chemischen Zerlegens eines Ausgangsstoffes wie z. B. Erdöl und das dann folgende Zusammensetzen bestimmter Bestandteile zu dem gewünschten Endprodukt lässt sich nur schwer mit der Philosophie einer natürlichen bzw. naturnahen Fütterung vereinbaren. Dabei ist die adäquate Versorgung von Schweinen mit Vitaminen aus den natürlichen Futterquellen schlicht nicht zu leisten. So erlauben denn auch die neue EU-Bio-Tier-Verordnung wie die AGÖL-Rahmenrichtlinien den Zusatz künstlich hergestellter Vitamine, solange die Gentechnik dabei außen vor bleibt. Denn neben der chemischen Synthetisierung kommen bei der Herstellung bestimmter Vitamine (betrifft die wasserlöslichen B-Vitamine) auch fermentative Verfahren zum Einsatz, in denen bestimmte Bakterienkulturen die gewünschten Stoffe produzieren. Diese Bakterien, bzw.

die Steigerung ihrer Effizienz sind natürlich ein beliebtes Experimentierfeld der Biotechnologen. Das heißt nicht, dass jeder fermentativ hergestellte Futterzusatzstoff bereits mittels Eingriff der Gentechnik erzeugt wird, einzelne aber schon, Tendenz steigend. Besonders kritisch ist die Situation beim Vitamin B 12 mittlerweile, da dies bereits vielfach von gentechnisch veränderten Bakterien produziert wird. Ruth Hayler von BASF, die auf einer Neuland-Veranstaltung zu Futtermittelzusatzstoffen ihres Unternehmens Stellung nahm, sieht beim B 12, das BASF nicht selbst herstellt sondern zukaufte, zukünftig Schwierigkeiten, es überhaupt noch gentechnikfrei hergestellt zu bekommen.

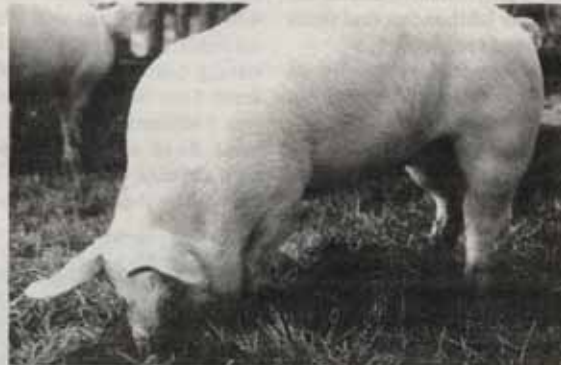
Synthetisch gleich schlecht?

Auch Neuland wird sehr wahrscheinlich bei einer endgültigen Entscheidung über Richtlinienänderungen im Bereich Futtermittelzusatzstoffe im März 2000 Vitamine ohne Gentechnik auf einer Positivliste zulassen. Fragezeichen gibt es noch bei Organischen Säuren und der Aminosäure Lysin. Organische Säuren wie Ameisen-

säure oder Propionsäure werden heutzutage ebenfalls nur noch mittels synthetischer bzw. fermentativer Herstellungsverfahren produziert und in zwei Bereichen eingesetzt: Einerseits zur Konservierung von Futtermitteln (Verhinderung des Verpilzens von Futtergetreide, dadurch werden wiederum Pilzvergiftungen bei den Tieren eingedämmt), andererseits als Ferkelfutterzusatzstoff, mit dem sich die

kritische Phase nach dem Absetzen besser überbrücken und Ferkeldurchfall vermindern lässt. Die Alternative, eine höhere Anzahl erkrankter Tiere in Kauf zu nehmen, die mit Antibiotika behandelt werden müssen, ist natürlich nicht unproblematisch. Bernd Kuhn, Neuland-Berater aus Lüneburg, ist es von daher wichtig, die Diskussion um künstlich hergestellte Futterzusatzstoffe nicht nur durch die Brille: „synthetisch gleich unnatürlich und damit schlecht“ zu sehen. Wie viel komplexer die Thematik noch ist, macht das Beispiel Lysin deutlich. Die essentielle Aminosäure ist die wichtigste und in der größten Menge von den Tieren benötigte Eiweißkomponente in der Schweinefütterung. Isoliertes Lysin wird fermentativ aus Zucker – und von BASF per Nachweis gentechnikfrei – hergestellt. Seit, neben den tierischen Eiweißträgern wie Fischmehl,

Soja als kostengünstige Eiweißkomponente aufgrund der Gentechnik für Bioverbände als auch Neuland endgültig ausgeschlossen ist, gestaltet sich das Ringen um Alternativen schwierig. Erbsen in Kombination mit Kartoffeleiweiß, einem Abfallprodukt aus der Stärkeerzeugung, entsprechen dem Bedarf der Tiere. Kartoffeleiweiß ist aber nicht ganz billig und verteuert die Ration je nach Sojapreis. Der Einsatz



Das große Fressen

Futtermittelzusatzstoffe in der artgerechten Tierhaltung

von 2,5% isoliertem Lysin im Mineralfutter kann die Kosten für die Ration eines Mastschweines um bis zu 5 DM reduzieren. In Zeiten konventioneller Tiefpreise – und jenseits der Illusion, dass Preis bzw. Absatz für Fleisch aus artgerechter Tierhaltung nicht an die konventionellen Dotierungen geknüpft sind – gewinnen solche Kostenfaktoren an Bedeutung.

Nachfrage bündeln

Die nächste Frage wird sein, was bleibt, wenn auch Kartoffeleiweiß aufgrund genmanipulierter Kartoffeln nicht mehr möglich ist. Der bisherige Lieferant für Neuland und den Großteil der Biobetriebe in Norddeutschland, die Stärkefabrik in Lüchow im Wendland des holländischen Unternehmens AVEBE geht davon aus, dass noch die nächsten 2 bis 3 Jahre keine Genkartoffeln verarbeitet werden, danach könnte es 2 Linien, eine mit Gentechnik und eine ohne geben. Eine Garantie darauf gibt es natürlich nicht. Zumindest bisher noch zeigen sich viele Futtermittelfirmen verhandlungsbereit wenn es darum geht auch eine gentechnikfreie Alternative offen zu halten, Hoffnungen setzen Bioverbände und Neuland dabei auch in die neu eingerichtete Datenbank für gentechnikfrei-Lieferanten. Allerdings sieht es AGÖL-Geschäftsführerin Manon Haccius als eine Gefahr an, „dass die Firmen irgendwann nicht mehr

mitspielen. Wir haben nur wenig Marktmacht.“ Als umso wichtiger erachtet es denn Bernd Kuhn, genau zu recherchieren, welche Produkte wie – auch unter Gesichtspunkten wie Energieverbrauch und Umweltbelastung – erzeugt werden, verbandsübergreifend gebündelt die entsprechende Nachfrage nach unter z. B. solchen Aspekten tolerierbarer und selbstverständlich gentechnikfreier Ware zu schaffen und funktionierende Kontrollmechanismen zu installieren. Nur so ließe sich den Firmen signalisieren, dass hier ein Markt vorhanden ist. „Die Kostenschere in der Produktion zwischen Bio oder Neuland und der konventionellen Schweinehaltung geht mit jedem Produkt, dass aufgrund der Gentechnik durch eine teurere, gentechnikfreie Alternative ersetzt werden muss, immer weiter auseinander.“ Für Kuhn steht in Frage, ob bäuerliche Neuland- sowie Bio-Betriebe es sich auf Dauer schlicht leisten können, neben dem Weglassen der Gentechnik – und das ist für ihn nicht nur aufgrund der VerbraucherInnenstimmung kein Diskussionspunkt – auch den künstlich, aber ohne Gentechnik hergestellten Futterzusatzstoffen in der bisherigen Rigorosität eine Absage zu erteilen.

Wie vermitteln?

Natürlich kommt man damit in den schwierigen Bereich, dem Verbraucher vermitteln zu müssen, warum man das eine zulässt und das andere nicht. „Viele Verbraucher und auch viele Bauern interessieren sich gar nicht so sehr dafür, das Thema ist einfach schwer zu kommunizieren“, so Ulrich Schumacher vom Bioland-Verband. Auch für Tilman Uhlenhaut, für den BUND als Trägerverband im Neulandvorstand, ist die Frage: „Wie reagieren die Verbraucher?“ ein Dreh- und Angelpunkt der Debatte, wo Grenzen zu ziehen sind. Einfache Wahrheiten funktionieren nicht mehr, das wird auch deutlich daran, dass es bei der EU-Bio-Tierverordnung ebenfalls zur Debatte stand, isolierte Aminosäuren wie Lysin zuzulassen. Es wurde dann allerdings verworfen wie auch die Zulassung von Organischen Säuren als Futterzusatzstoffe (zur Futtermittelkonservierung sind sie dagegen erlaubt). Eben die Zulassung als Futter wurde allerdings laut Manon Haccius aufgrund der Ferkeldurchfallproblematik auch unter Bioberatern länger diskutiert... Tilman Uhlenhaut resümiert: „Das schwierige an dem komplexen Thema ist, dass es sich nicht auf einen Punkt bringen lässt, weil die Welt sich eben nicht mehr auf einen Punkt bringen lässt.“

cs



Nicht Rot-Grün, sondern die Projekte unterstützen

Rot-grünes Projekt mausetot, Demokratie blind. Die Zukunft muss von unten wachsen. Leserbrief zu „1 Jahr Rot-Grün“

Ich hatte mir Anfang des Jahres erlaubt, in einem Leserbrief davor zu warnen, dass die AbL sich programmatisch und durch Personalunion zu eng mit den Grünen einlässt und dabei ihre Selbständigkeit aufgibt; gewarnt vor Illusionen über Machtteilhabe und Veränderungsmöglichkeiten durch die Nähe zu der grünen Regierungspartei. Was wir seitdem von Rot-Grün erleben mussten war so übel, so gewissenlos und so korrupt, dass selbst einem wie mir noch die Spucke wegbleibt: Die Roten unter dem medialen Kunstprodukt Schröder fast schon zur turbokapitalistischen Fratze entstellt, die Grünen unter dem egomanischen Medienliebhaber Fischer auf seine Machterhaltungsmaschine reduziert, die Politikergebnisse fast ausnahmslos katastrophal.

Nun droht die AbL im Verein mit diesen politischen Schaumschlägern und Machtanpassungskünstlern in den Abgrund gerissen zu werden. Die Vernebelungs- und Verblödungsstrategien der Regierungsgreenen können wir ja nun schon in der Bauernstimme lesen, wenn z.B. der AbL-Vorsitzende die eiskalte Opferung der kleinen bäuerlichen Familienbetriebe zugunsten der Agrarindustrie als „Fehlleistung der Regierung“ hemmungslos beschönigt. Als hoher grüner Mandatsträger hat er noch auf der vorjährigen Vollversammlung der AbL vom „Fuß in der Tür zur Macht“ schwadroniert und kräftigste Hoffnungen geweckt. In anderen Politikfeldern sind ähnliche rot-grüne „Fehlleistungen“ zu registrieren: bei Atomausstieg, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Verkehrspolitik usw.

Krieg gegen Kollegen

Dieses alles aber wird übertrumpft durch den von Rot-Grün wieder hoffähig gemachten KRIEG, die größte sozial-ökologische Katastrophe überhaupt. Angeblich um den Despoten Milosevic zu stoppen, zieht die Nato auch mit deutschen Kampfjets los und bombardiert nicht nur Militäreinrichtungen, sondern in einer Zerstörungssorgie sondergleichen auch Brücken, Eisenbahnen, Fernsehsender und Fabriken. Eine Chemiefabrik oder eine Ölraffinerie zu bombardieren ist aber ein Kriegs- und Umweltverbrechen der schlimmsten Kategorie.

Ebenso verhält es sich mit dem massenweisen Einsatz von Streu- und Splitterbomben. Milosevic haben sie nicht geschadet, den Albanern nicht geholfen, aber unsere serbischen und

albanischen Berufskollegen und ihre Kinder werden bis weit ins nächste Jahrhundert hinein immer wieder bei der Feldarbeit durch serbische oder Natominen zerfetzt oder zerstückelt werden, noch viele Jahre werden sie vergiftete Ernten einfahren und für das ganze nächste Jahrhundert sind sie zu Not und Elend verdammt. (...)

Ich glaube jedenfalls, verstanden zu haben, Herr Bundeskanzler, Herr Außenminister, sehr geehrte Lakaien roter und grüner Provenienz: Gemeinsam mit unseren Verbündeten, v.a. natürlich den USA, halten wir an unse-



Das „mediale Kunstprodukt Schröder“ und der „egomanischen Medienliebhaber Fischer“. Sie „versagen vor den wirklichen Überlebensproblemen“. Es fehle an „neorevolutionären“ Menschen. Foto: Jasper

rem mörderischen Lebensstil fest und haben uns entschlossen, diesen im nächsten Jahrhundert auch out of area zu „verteidigen“. Wir werden uns also nicht auf eine naturverträgliche, nachhaltige und sozial gerechte Lebens- und Wirtschaftsweise besinnen. Deshalb sind wir natürlich gezwungen, uns die knapper werdenden Ressourcen mehr und mehr mit direkter, also militärischer Gewalt zu beschaffen (neue Natodoktrin). Menschenrechtsverletzungen, die Scharping/Fischer im Kosovo so nahe gingen, lassen sich meistens leicht finden, wenn man will (Rußland, Ukraine, Türkei usw.).

Demokratie-Frage

Das so genannte rot-grüne Projekt, die ökosoziale Reform der Gesellschaft ist nach einem Jahr Regierung also mausetot. (...) Mit diesem grandiosen Versagen von Rot-Grün vor den wirklichen Überlebensproblemen geht aber auch die Hoffnung darauf zugrunde, dass „unsere“ parlamentarische Demokratie und das Parteiensystem die nötigen Schritte tun können. Es scheint so, als seien diese politischen Errungenschaften des 19. Jahrhun-

derts insgesamt nicht nur verbraucht, sondern geradezu von innen her vermodert. Das Staatswesen der parlamentarischen Demokratie stirbt ab, denn es ist nicht länger zu übersehen, dass es das nächste Jahrhundert nicht meistern kann. Wüsten breiten sich weltweit aus, Fluten und Wirbelstürme nehmen zu, dramatisch schwindet ständig Ackerboden, und auf der anderen Seite sind wir in 20 Jahren bereits 2 Milliarden Menschen mehr als heute. Es ist nicht zu erkennen, dass auch nur eine einzige Partei im Bundestag diese Gefahren überhaupt noch

erhofft, weil er auch die Chance bietet, die Schönheit des so genannten einfachen Lebens lebendig werden zu lassen.

Die Verteilungslämpfe haben weltweit längst eingesetzt, die Brutalität der Besitzenden wächst Tag für Tag, sie sind gegen die Habenichtse bestens gerüstet. Revolutionen á la 20. Jahrhundert hätten sie total im Griff, Massenproteste oder revolutionäre Volksaufstände haben keine Chance mehr.

System annagen

Deshalb stelle ich mir vor, dass wir zukünftig wie Mikroben arbeiten müssen, klein, vor Ort, aus Berliner Perspektive unsichtbar, dass wir bewusst die Strukturen des bestehenden Machtssystems annagen und abtragen, es von innen zermürben, bis es hoffentlich bald in sich zusammenfällt wie die ehemalige DDR. Dazu brauchen wir zukunftsfähige Projekte, zukunftsfähige Lebensweisen, die von „neorevolutionären“ Menschen vorgelebt werden; möglichst autonom, unabhängig und möglichst frei von den Zwängen der herrschenden „neoliberalen“ Lebens-, Wirtschafts- und Politikultur.

Die meisten Menschen haben ja längst instinktiv auch diese Diagnose gestellt. Sie gehen gar nicht mehr wählen oder wählen halberzig und desinteressiert. Die meisten dieser Leute können nicht mehr für das System aktiviert werden durch Politiksoaps á la Schröder/Fischer, sondern nur durch echte lebende und gelebte Alternativen, durch eine Art Revolution in ihrem Alltag, der sonst immer beschissener wird. Der AbL als Organisation kleinerer bäuerlicher Betriebe fällt da eine wichtige Aufgabe zu. Denn ein neuer zukunftsfähiger Gesellschaftsvertrag muss sich unbedingt zentral auf den rigorosen Schutz unserer Lebensgrundlagen beziehen. Also auf Wasser, Luft und Boden. Unsere, die bäuerliche (nicht agrarindustrielle) Lebensweise und Philosophie könnte zum Schlüssel für die echte gesellschaftliche Reform werden, die so notwendig wie überfällig ist.

Dies ist eine globale Aufgabe. Sie gilt für die Gesellschaften in der so genannten Dritten Welt genauso wie in der so genannten Zweiten und vor allem für unsere Industriegesellschaften. Nicht also auf Parteipolitik, sondern auf diese Aufgabe sollten wir einzelnen uns konzentrieren - und auch die AbL als Organisation.

Lothar Gothe, 51702 Bergneustadt

deutlich anspricht, geschweige denn echte Gegenschritte in Angriff nimmt.

Praktische Alternativen

Unsere Kinder, denen wir die schrecklichen Folgen von 30 Jahren industriellem Konsumwahn vererben, werden deshalb ein ganz neues politisches System erfinden müssen, wenn sie überleben wollen.

Was können wir Älteren, vor allem wir Bauern dem gegenüber überhaupt noch tun?

Da die Politik insgesamt offensichtlich unfähig ist, die heraufziehenden Gefahren wenigstens zu bremsen, müssen wir von harten Verhältnissen im nächsten Jahrhundert ausgehen. Deshalb sollten wir versuchen, praktische Überlebensalternativen aufzubauen, Lehrbeispiele dafür zu schaffen, dass ein zufriedenes, erfülltes Leben auch auf kleiner materieller Basis möglich ist. Dass Geborgenheit, Zuwendung, Lieben, Menschlichkeit oder Solidarität nicht konsumistische Grundlagen haben, sondern allein geistig-seelische.

Es gibt keine bessere Möglichkeit, dies zu verwirklichen, als auf einem Bau-

Kein Vergleich zur Industrie!

Leserbrief zum Kommentar „Greta und Watzek“ in Bauernstimme 12/99

Herr Niemann hat in seinem Kommentar nur einen Teil der Ereignisse dargestellt. Nicht überall haben sich die Menschen gut verstanden und wurde bei der Arbeit gelacht. Es hat auch oft ganz anders ausgesehen. Gerade auf Einzelgehöften, wo die Frauen allein mit den Kindern und Alten waren und sich nun mit Fremdarbeitern über Wasser halten mussten. Da gab es oft auch Angst vor Gewalt!

Kaum einer der Bauern ist freiwillig in den Krieg gezogen, es war den meisten klar, wie es dann um Haus und Hof steht. Die „Früchte der Arbeit“ waren oft sehr spärlich und hat häufig gerade das Überleben des Hofes gesichert. Ich weiß in unserer Umgebung keinen Hof, der sich an dieser Arbeit bereichert hat oder gar Gewinne gemacht hat.

Also kein Vergleich zur Industrie! Und nach dem Krieg haben die Höfe noch viele Jahre für die Fehler der Nazis bezahlen müssen, vielleicht mehr als andere Bevölkerungsgruppen. Ganz nach Gutdünken haben die Besatzer das Vieh aus den Ställen geholt, Kartoffeln und Getreide mitgenommen! Jahrelang musste Lastenausgleich bezahlt werden. Und meine Kindheit war dadurch geprägt, dass oft zwei Familien von Vertriebenen gleichzeitig in unser Haus einquartiert waren. Diese wurden oft auch mitversorgt, das eine oder andere Mal auch ungewollt, wenn in der Speisekammer wieder etwas fehlte.

Wievielen Generationen soll hier noch die Verantwortung aufgeschultert werden?

Franz Heubuch, 88299 Leutkirch

Solche und solche

Noch ein Leserbrief zum Kommentar in der Bauernstimme 12/99

Als langjähriges Abl-Mitglied kann ich mir einige Anmerkungen zur Dezember-Nummer nicht verkneifen.

Erstens glaube ich, dass in der jetzigen Lage, in der sich die bäuerliche Landwirtschaft immer näher zum Abgrund der totalen Vernichtung gedrängt wird, sowohl als Abl, als auch die Unabhängige Bauernstimme genügend agrarpolitische Probleme hätten.

Beide sich also nicht noch mit zusätzlichen politischen Themen zu beschäftigen bräuchten. Besonders kam mir dies wieder beim Lesen des Kommentars von Ecki Niemann in der 12/99-Ausgabe zum Bewusstsein. Selbstverständlich ist es derzeit sehr aktuell Väter/Großväter mit Dreck zu bewerfen. Als älterer Zeitzeuge weiß ich aber, dass auf

unseren Bauernhöfen auch damals Menschlichkeit nicht so unbekannt war, wie es heute zumeist dargestellt wird. Warum wohl sind in unserem näheren Umkreis drei polnische „Zwangsarbeiter“ sesshaft geworden?

Und warum sind französische, kriegsgefangene „Zwangsarbeiter“ nach Kriegsende jahrelang immer wieder zu ihren „Bauernschindern“ hier in unserem Bereich, zu Besuch gekommen?

Immer und überall gibt es eben solche und solche. Und noch nie in der Geschichte, gab es auf der einen Seite nur Engel und auf der anderen nur Teufel! Vielleicht sollten wir alle dieses nicht ganz vergessen!

Hans Pischeltstrieder, 82057 Icking

Bioschweine billig, nicht knapp

Leserbrief zu „Unruhe beim Biofleisch“ in Bauernstimme 12/99

Erstaunen. Ja, es ist im letzten halben Jahr einfacher geworden, Bioschweine zu verkaufen. Aber zu welchem Preis! Die Bioschweinezene geht denselben Weg wie die konventionelle vor 20 Jahren. Der Preis geht in den Keller, nur über „Qualität“ ist noch Geld zu verdienen. Qualität allerdings heißt nicht Fleischqualität, sondern wenig Fett und viel Magerfleisch. Alte Rassen bleiben zwangsläufig wieder auf der Strecke. Angler Sattelschweine, Schwäbisch Hällische, Bunte Bentheimer sind als Bioschweine finanziell uninteressant, ja untragbar geworden. Bis vor zwei Jahren wurden in Niedersachsen noch 4,70 DM bis 5,- DM je kg geschlachtetem Schwein gezahlt. In Schleswig-Holstein fragte man sich, ob die 4,50 DM Auszahlungsbetrag denn mittelfristig auch genug seien. Innerhalb der letzten einhalb Jahre fiel der Schweinepreis um über 70 Pfg auf durchschnittlich 3,80 DM. Aber was noch bedenklicher ist: Es werden Preismasken eingeführt, die natürlich und

unweigerlich die mageren Schweinerassen bevorzugen. Für extrem fette Schweine, die in der Reinzucht alter Rassen immer mal anfallen, werden zur Zeit von Bioland Nord ganze 150,-DM pauschal bezahlt, das ist gerade mal ein guter Ferkelpreis.

Ich bin erstaunt, dass man auf der Suche nach umstellungswilligen Schweinehalten ist. Würde man einen angemessenen Preis zahlen, würden die vorhandenen Biobetriebe, wie sie ja schon bewiesen haben, durchaus in der Lage sein, mehr Schweine anzubieten. Eins ist mal sicher: Steigt der Preis in den nächsten Monaten nicht wieder deutlich an, so gibt es ganz sicher keine neuen Biobetriebe mit Schweinen und die Alten betreiben noch eine Hobbyzucht oder hören ganz auf. Schade.

Sönke Thiesen, Biolandbauer
und Angler Sattelschweinezüchter
in Schleswig-Holstein

„Strahlende“ Aussicht!

Der Blick aus unserem Küchenfenster war noch nie besonders idyllisch. Das Rückgebäude vom Nachbarhof – garniert von einem Misthaufen und ein paar Holdersträuchen. Gestört hat mich das nicht, schließlich leben wir auf dem Lande. Höchstens die vielen Fliegen und Mücken im Sommer, die ihren Speiseplan in unserer Küche bereichern wollen.

Doch seit einem knappen Jahr hat sich die Aussicht aus dem Fenster etwas geändert. Zwei Mobilfunkantennen auf dem Staldach! Geradema! 50 m entfernt.

Als wir von dem Vorhaben des Nachbarn erfuhren, war ersteinmal Information angesagt. Einen ganzen Ordner voll habe ich gesammelt und auch gelesen. Mit weiteren Mitstreitern eine Informationsveranstaltung im Dorf organisiert, mich einer Bürgerinitiative angeschlossen. Telefonate mit Regulierungsbehörde und Landratsamt und nicht zuletzt der Weg zum Stadtbauamt – schließlich wird das Gebäude jetzt gewerblich genutzt – alles Fehlanzeige. Aussenbereiche sind privilegiert für die Errichtung von Anlagen zur Telekommunikation. Da wird uns etwas vom heutigen Stand von Forschung und Technik erzählt, die keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen feststellen können, und von Grenzwerten, die eingehalten werden. Die liegen allerdings

bei 470.000 bzw. 950.000 Nanowatt/cm² (nW/cm²). Mediziner haben bereits Beeinträchtigungen ab 1nW/cm² festgestellt.

Sätze wie: „Ich habe schon wieder Kopfschmerzen.“ oder: „dieses Brennen in den Augen ist heute wieder besonders schlimm“ sind keine Seltenheit mehr. Beschwerden, die wir vorher höchst selten oder gar nicht hatten,



..... aus dem Allgäu

sind nun auffallend häufig. Auch andere Nachbarn machen ähnliche Beobachtungen, selbst bei den Kindern.

Und unsere Tiere im Stall? Sie können uns ihre kleinen Unpässlichkeiten leider nicht sagen, und wie sollen wir beweisen, warum plötzlich eine Kuh (wohlgemerkt keine Hochleistungskuh) umfällt – tot! So etwas hat mein Mann noch nie erlebt auf dem Hof! Uns erscheinen auch die Fruchtbarkeitstörungen häufiger. Wir werden das noch genauer beobachten.

Eingriffe ins vegetative Nervensystem, Herzrhythmusstörungen, Herabsetzen des Immunsystems, Blutbildveränderungen und vieles mehr wird von kritischen Forschern, die sich weltweit mit diesen niederfrequent gepulsten Hochfrequenzstrahlungen auseinandersetzen, festgestellt.

Wieder einmal wird eine Technologie über unser Land gezogen, in einem immer dichter werdenden Netz, ohne alle Auswirkungen erforscht zu haben oder weniger belastende Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen. Nur um einen Millionenmarkt aufzubauen. Genau wie bei der Atomenergie. Und wir alle müssen damit leben, ob wir diese Technik wollen oder nicht!

Da lob ich mir ein paar Fliegen und Mücken, denen ich mit einem einfachen Mückennetz den Zugang zu meiner Küche verwehren kann.

Die Strahlung kann ich nur durch geschlossene Fenster minimieren, und draussen müssen wir sie ertragen.

Was werden wir noch für eine „strahlende“ oder besser verstrahlte Zukunft auf unserem sonst eigentlich schönen Allgäu-hof bekommen??

Beethoven an den Ufern der Ems

Auszüge aus einem Essay von Günther Völker im Kritischen Agrarbericht 2000

Irgendwas muß ich falsch gemacht haben. Als Vater oder als Bauer. Möglicherweise in beiden Funktionen – denn zwei meiner Kinder lernen Landwirtschaft. Eine Tochter und ein Sohn. Nicht etwa dass sie studieren oder es demnächst wollen. Ihr Berufswunsch ist praktische

Zusammentreffen mit einer Orientierungssuche bei zwei Kindern, die Landwirtschaft lernen, macht mich in diesen Monaten nachdenklich. Meine Überlegungen werden auch bestimmt von aktuellen politischen Entwicklungen, von der Öffnung der Märkte, von Globalisierung

schaft. Ich erinnere mich, wie gern am Sonntagnachmittag die Verwandtschaft aus der Stadt auf den Hof zu Besuch kam. Es war nicht nur eine Rückkehr zu den Wurzeln sondern auch ein Ausleben von Gefühlen. Fast könnte man meinen, dass die emotionalen Stadt-Landbeziehungen



„Erwachen heiterer Gefühle bei der Ankunft auf dem Land“

Agrarbericht 2000

Wer neugierig geworden ist auf den Rest des Essays sowie die weiteren Beiträge im Kritischen Agrarbericht 2000 (Inhaltsverzeichnis siehe Seite 21), kann das 335 Seiten starke, facettenreiche Werk für die etwas anderen Ein- und Ausblicke rund um die Landwirtschaft ab sofort für 38 DM im Abl-Verlag bestellen, die Auslieferung erfolgt in der ersten Januarahälfte.

Landwirtschaft. Oft sagen Mitbauern: „Na, da kannst Du Dich freuen! Meistens ist es doch mittlerweile so, dass der Nachfolger fehlt, und Du hast zwei davon.“ Das ist ein schwacher Trost, denn wie jeder Vater habe auch ich den Wunsch, dass es 'den Kindern später einmal besser geht'.

...

Die Wege in die Zukunft müssen wir selbst finden, wenn die Kinder schon nicht den Spuren von Henry Ford I folgen wollen, der zu Beginn dieses Jahrhunderts die elterliche Farm mit der Erkenntnis verließ, '...weil es dort, an den Resultaten gemessen, viel zu viel Arbeit gibt! Ich denke, dass die Landwirtschaft für beide nicht nur ein Beruf sondern auch ein Mittel ist, in diesem Umfeld weiterzuleben, in den sozialen Beziehungen zu Nachbarn, zu anderen Bauern, in Vereinen; weiterzuleben in dem, was für sie Heimat ist. Nicht das Ende des Jahrtausends, weniger das Ende des Jahrhunderts, sondern das

und Osterweiterung der EU einerseits, und von dem Wissen um die Grenzen des Wachstums auf der anderen Seite. Nachdenken, das geprägt ist vom Verfall der Schweinepreise, von denen wir in einer intensiven und spezialisierten Schweinehaltung abhängig sind. Mit einem Einkommen, das mittlerweile der Weltmarkt mit der Wanderung der Produktion zu den kostengünstigsten Standorten bestimmt, lässt sich bei uns kaum die Zukunft gewinnen.

...

Dieses Jahrhundert der Landwirtschaft ist bestimmt durch die Entwicklung neuer Produktionsmethoden, durch die Erfindung des Kunstdüngers, durch Technisierung und letztlich Industrialisierung. Bestimmt aber auch durch – zum Teil – sehr drastische politische Einflüsse und durch ein sehr wechselhaftes Verhältnis der Gesellschaft, -von Bürgertum und Arbeitern – zum Land und zur Landwirt-

noch heute Gefühlsreste in sich bergen, die in der Romantik des vorigen Jahrhunderts entwickelt wurden. Beethoven unterlegte seine 6. Symphonie mit dem Textmotiv: „Erwachen heiterer Gefühle bei der Ankunft auf dem Lande!“ Doch es scheint, dass bereits damals ein Konflikt zwischen Naturerlebnis und der wirtschaftlichen Existenz der Bauern zutage trat. H. Lüning (1845, zitiert in „Das Bild vom Bauern“, Berlin 1978) warnt: „Vor allen Dingen aber hüte dich zu weit vom Wege abzuschweifen und in die Hütten einzutreten. Unter manchem Dache, das dir so freundlich aus den Bäumen entgegenleuchtet würdest du Bilder des Jammers finden, die dir den ganzen schönen Eindruck, welchen die Landschaft auf dich gemacht wieder verderben müßten.“ Um diesen vermeintlichen Konflikt aufzuheben wurde flurbereinigt, entwässert, begradigt und ausgeräumt. Auch die Ems, die früher durch unsere Wiesen floss und



später durch unsere Felder, wurde kanalisiert. Jetzt ist sie wieder „zurückgebaut“, die Ufer sind bewachsen und Sandbänke haben sich gebildet. Der ökonomische Konflikt ist jedoch geblieben. Ausgetragen wird er zwischen Ausgleichszahlungen oder höheren Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und den damit verbundenen Bewirtschaftungskonzepten.

Als die Ufer der Ems gerade und steil wurden begannen wir, Schweineställe zu bauen. Erst wurde die Kornscheune umgebaut, dann wurde neu gebaut. Das machten viele Mitbauern so. Bedenken über artgerechte Tierhaltung oder ökologische Auswirkungen gab es nicht. Keine gesellschaftliche Gruppierung formulierte sie. Vielleicht auch deshalb nicht, weil die Hungerjahre der Nachkriegszeit noch in Erinnerung waren und die „Hamsterer“ die Saatbohnen wieder aus der Ackerkrume kratzten. Als Erster stimmte mich Herbert Gruhl mit seinem Buch 'Ein Planet wird geplündert' nachdenklich. Selbst die Evangelische Kirche in Deutschland gab zwei Schriften zur Lage der Landwirtschaft heraus. In der ersten von 1965 wurde vordringlich die Notwendigkeit des Wachsen oder Weichens betont und vom Bauern „die Anpassung an die wirtschaftlichen und technischen Notwendigkeiten“ erwartet. In der zweiten Denkschrift von 1984 wurde Schadensbegrenzung betrieben, und es

wurden Überlegungen zum Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie sowie zwischen Hunger und Überfluß hinzugefügt. Die Vielzahl der Anregungen belebte die Diskussionen – nicht zuletzt auch deshalb, weil es noch scheinbar Raum zum Überleben gab. Konzepte wurden entwickelt und Aktionsbündnisse geschmiedet.

Nun, gegen Ende dieses Jahrhunderts wird der Raum verdammt eng. Es sei denn, die hohe Milchquote und/oder die Flächenausgleichszahlung lassen in Einzelfällen noch Freude aufkommen. Aber wie lange noch?

Ich war vor Jahren in dem Irrtum befangen, dass nur noch dieser Stall umgebaut und dort noch ein Anbau gemacht werden muß, um es endlich geschafft zu haben. Weit gefehlt! Stillstand ist Rückschritt. Ich spüre es deutlich, denn in den letzten 20 Jahren wurden bei uns nur noch wenig Veränderungen vorgenommen. Auch wegen einer Verunsicherung, wie denn die zukünftige Entwicklung sein wird. Zwar ist die Ems jetzt wieder ein langer ruhiger Fluss. Ein Hof lässt sich nicht so schnell zurückbauen, wie sich die gesellschaftlichen Ansprüche an die Landwirtschaft wandeln – so berechtigt die Ansprüche auch sein mögen.

Und da sich die neuen Tage
aus dem Schutt der alten bauen,
kann ein ungetrübtes Auge
rückwärtsblickend vorwärtsschauen

Fr. W. Weber, Dreizehnlinden

Bestellcoupon fürs Neue Jahr

Ich bestelle:

.... Expl. Der kritische Agrarbericht '00 für 38 DM _____ DM

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99
zum Sonderpreis im Paket: _____ DM

(2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM;
6 Ausgaben 120 DM; 7 Ausgaben 130 DM; 8 Ausgaben 140 DM)

.... Expl. Hof Thomsteeg, 28 DM _____ DM

.... Expl. Die andere Eroberung, 26 DM _____ DM

außerdem:

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck
Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Porto 5,- DM
Summe _____ DM

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: Abl. Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

LESE-BUCH

TIP

Der kritische Agrarbericht 2000 – Inhalt

Essays – Blick in die Vergangenheit und Zukunft der Landwirtschaft

Beethoven an den Ufern der Ems, Günther Völker, „...bleibt mir selbst einfach die Luft weg“ Arbeit auf dem Bauernhof – gestern und heute, Siegfried Herbst, Ein Traum, Hugo Gödde, Landwirtschaft im Freizeitzentrum, Ulrike Ostendorf

Kapitel 1 Agrarpolitik

Übersicht: Friedhelm Stöckel

Agenda 2000 – es kam anders als erhofft, Ulrich Jasper, Dokumentation: Beschäftigungspolitische Initiative für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum – Positionspapier der Abl. zur Diskussion „Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum“, Neue Ziele für Frankreichs Landwirtschaft – Das landwirtschaftliche Orientierungsgesetz vom Juli 1999, Michel Ferrat, Neues System für den deutschen Milchmarkt: Milchquoten-Börse mit Pool-Anhängsel, Ulrich Jasper, Die Zukunft der Landwirtschaft im Berggebiet – Agenda 2000: Einschätzungen und Forderungen, Gerhard Hovorka, Beschäftigungseffekte agrarpolitischer Programme in Österreich, Oliver Tamme, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Entwicklung: Auf die Schrittmacher kommt es an, Karlheinz Krickel und Jörg Schramke

Thema 2000: WTO Weltagrarhandel

WTO – Die Globalisierungsmaschine – eine Einführung, Peter Kuchenbuch, WTO: Strategie gefragt, Wolfgang Reimer, Thesen zu den WTO-Verhandlungen aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Nichtregierungsorganisationen bereiten sich auf Seattle vor, Rudolf Buntzel-Cano, WTO und GATT im Kritischen Agrarbericht – Übersicht der bisher erschienenen Beiträge von 1993 – 1999

Kapitel 2 Internationale Beziehungen

Übersicht: Michael Windfuhr

Der Streit um Hormonfleisch und seine Schlichtung – Schlussfolgerungen und Forderungen, Jürgen Kirsch, Wem gehört die biologische Vielfalt? – Widersprüche zwischen internationalem Handelsrecht und Umweltrecht, Ursula Gröhn-Witzern, Land Macht Satt: Eine Kampagne der europäischen Weltläden, Hans-Christoph Bill und Klaus Wöldecke

Kapitel 3 Produktion und Markt

Übersicht: Onno Poppinga, Günther Völker, Gerd Coldewey

Agenda 2000: Auswirkungen auf Betriebe und Produktion, Walter Lickfers, Fusariumbefall durch den Wandel im Ackerbau – Agenda 2000 beeinflusst die Getreidequalität, Günther Völker, Drastische Maßnahmen: Niederländischer Pragmatismus in der Schweinehaltung, Ulrike Frauenholz, Die eigene Ernte säen – Die Auseinandersetzung um Nachbaugebühren und Sortenschutzsetze, Claudia Schliebein, Schwerlast auf dem Ackerboden, Wilfried Ehlers, Ein nasses Jahr, Heiner Range

Kapitel 4 Regionalentwicklung

Übersicht: Horst Luley

Ländliche Entwicklung – der Beginn einer neuen Politik in Europa, Hilmar Freiherr von Münchhausen, Erzeugergemeinschaften als Träger eigenständiger ländlicher Regionalentwicklung – Die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall, Rudolf H. Bühler, Kleinräumige Wirtschaftskreisläufe – Wunsch und Wirklichkeit – Eine exemplarische Analyse der Brauwirtschaft in der Fränkischen Schweiz, Ulrich Ermann

Kapitel 5 Agrarkultur

Übersicht: Heinz Gengenbach

Gemeinnützige Trägerschaft von Höfen: Ideen, Erfahrungen, Visionen, Cornelia Roedel, Vielfalt: Kulturerbe der Menschheit – Schatz der Zukunft, Cornelia Wiethaler

Kapitel 6 Tierschutz/Tierhaltung

Übersicht: Heidrun Betz

Kältehaltung und doch ein Ende? – Vom Sinn und Widersinn europäischer Tierschutzpolitiken, Wolfgang Apel, Agenda 2000: eine Verbesserung für den Tierschutz in der Landwirtschaft?, Torsten Schmidt

Kapitel 7 Soziale Lage

Übersicht: Albert Münz

Mittelungsbedürfnis und Sprachlosigkeit – Bauern und Bäuerinnen erzählen von der Schweiz, Karin Jürgens, Vom Arbeiterbauern zum Freizeiltauern – Teilzeitanbauern in einer industriegeprägten Alpenregion, Hans-Peter Larjen, Der Wandel in der bäuerlichen Welt – Ergebnisse vergleichender Untersuchungen in Österreich, Georg Wiesinger

Kapitel 8 Landwirtschaft und Ökologie

Übersicht: Ilja Marschall

Naturlandschaft contra Kulturlandschaft – Der Nationalpark Eibtal und andere Auenlandschaften, Anke Schekahn, Über 10 Jahre Vertragsnaturschutz – Erfahrungen aus dem Feuchtwiesenschutz in Nordrhein-Westfalen, Wiebe Erdmannskil

Kapitel 9 Gentechnik

Übersicht: Christoph Then

Zum Beispiel die Weinrebe – Bioforschung versus Gentechnologie, Florian Koechlin, Hochtouring in die Sackgasse? Gentechnik in der Landwirtschaft – Freisetzen und Anbau, Henning Strothoff, Die Datenbank infoXgen.com – Der Internet-Markt für Lebensmittelherstellung ohne Gentechnik, Robert Hermanowski

Kapitel 10 Ökologischer Landbau

Übersicht: Gerald A. Hermann und Jürgen Heß

Ökologischer Landbau als eigenständiges Studium – Witzernhausen hat seine wissenschaftliche Ausbildung reformiert, Holger Mittelstraß und Christian Schöler, Ökologischer Landbau: Die Aussichten des Wachstums, Rainer Oppermann, Wie erkennt man Öko-Produkte und wie schützt man sie?, Hanspeter Schmidt, Der Ökologische Landbau in Deutschland hat endlich ein einheitliches Zeichen, Beate Huber

Kapitel 11 Verbraucher

Übersicht: Ernst-Michael Epstein

Bioputen: ein Wachstumsmarkt – Über Konsumentenwünsche und Realitäten der Bioputen, Andrea Fink-Kessler und Engelbert Schramm, Die subversive Kraft der Butterstulle – Slow Food, die Organisation der bekennenden Geißler, will sich politisch stärker einmischen, Manfred Kriener, Von Mutter Erde auf Mutter Tisch – Was Natur für uns bedeutet, Heide Karmann

Kapitel 12 Wald

Übersicht: Jörn Wallacher

Wer bestimmt die Zukunft des Waldes? – Das forstliche Engagement der Umweltverbände fordert die Forstverwaltungen, Christian Schnapp, Der große Wurf als Bummerang? – Zertifizierung und regionaler Holzmarkt, Geriet Hams

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,-. Alle Preise inkl. MWST. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN**Hof und Arbeit**

- Ich (25 J.) suche ab 2/2000 bzw. 3/2000 Ausbildungsplatz zur Landwirtin (3. U.) auf Bio-Betrieb mit u.a. Milchvieh. Gerne vielfältige Hofgemeinschaft mit offenen, interessierten Menschen. Erfahrungen in der Geflügel- u. Bullenmast, mit Milchvieh u. im Ackerbau. Auf Eure Antwort freut sich Heike Lorenz, Schillerstr. 2, 55262 Heidesheim.
- Öko-Betriebe mit Engagement für Verbreitung des Öko-Landbaus und Völkerverständigung gesucht. LOGO e.V. vermittelt osteuropäische Agrarstudenten für Praktikum von Mai bis Okt. 2000. Ausbildungsberechtigung ist nicht erforderlich. Referenzen auf Wunsch. Infos unter ☎ 0228-341055

oder 05109-516656, E-mail: logo-ev@t-online.de, Internet: http://home.t-online.de/home/logo-ev

Projekte

- Wir suchen Menschen für die Neugründung einer Landkommune mit Biolandbau und Verbindung zu einem Stadtprojekt in Bremen (ggfs. ABM-Stelle möglich). ☎ 0421-706616 oder 76840

Tiermarkt

- Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609
- Suche Mutterkühe mit Quote. ☎ 03843-686912 oder 0171-4121910

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch
Unabhängiges Beratungsbüro
Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch
Telefon 0551 - 22731



Hofgemeinschaft für heilende Arbeit e.V.
Hofgut Friedelhausen

**sucht ab März/April 2000
ein Betreuerpaar oder zwei Einzelpersonen für
die Leitung der Landwirtschaft sowie die
Leitung einer Wohngruppe.**

Wir sind eine anthroposophisch orientierte sozialtherapeutische Einrichtung mit einem Wohnheimbereich für 30 geistig behinderte Erwachsene sowie einer anerkannten Werkstatt für Behinderte für derzeit 39 Arbeitsplätze.

Für die Leitung des WB-Bereiches Landwirtschaft sowie für den Aufbau einer kleinen Wohngruppe (bis zu 3 Personen) suchen wir ein engagiertes und lebensbejahendes Paar mit mehrjähriger einschlägiger Berufserfahrung.

Die neue Mitarbeiterin / der neue Mitarbeiter im Bereich Landwirtschaft sollte landwirtschaftliche Fachkompetenz und betriebswirtschaftliches Verständnis mitbringen sowie Interesse an der Integration behinderter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den landwirtschaftlichen Bereich haben.

Die neue Kollegin / der neue Kollege im Wohnheimbereich sollte bevorzugt als Erzieher/in, Sozialarbeiter/in, Sozialpädagoge/pädagogin ausgebildet sein und mit Betreuungsaufgaben vertraut sein.

Eine 3 - 4-Zimmerwohnung steht zur Verfügung.

Ausführliche Informationen schicken wir Ihnen auf Wunsch zu.

Sowie

**Zum 1. März 2000
eine/n landwirtschaftliche/n Gehilfin/Gehilfen**

für den Schwerpunktbereich Milchwirtschaft
30 Kühe, Doppel-dreier-Fischgrätenmelkstand,
demeter Betrieb,

Wohngelegenheit auf dem Hof steht evtl. zur Verfügung.
Bitte senden Sie Ihre ausführlichen Bewerbungsunterlagen an:

**Hofgemeinschaft für heilende Arbeit e.V.,
Hofgut Friedelhausen, 35457 Lollar, ☎ 06406-91650**

Veranstaltungskalender**Tierproduktion in der Kritik**

7. Jan. 9 - 13.30 Uhr, Stadthalle Soest/Westf.
Soester Agrarforum mit Vorträgen von Prof. Ziegler (Zürich): Ethische Überlegungen zur heutigen Tierhaltung; Dr. Wolter (BML): Tierschutz als Chance; Prof. Freitag (Soest): Brauchen wir Antibiotika in der Tierernährung?; Prof. Schütterl (Soest): Alternativen in der Tierhaltung - ökonomische Aspekte.
Uni Paderborn - Soest, ☎ 02921-378-0

Mehr Wettbewerb?

4. - 6. Febr. 2000, Rheingau-Loccum
Nach den Entscheidungen zur Agenda 2000 wird im landwirtschaftlichen Bereich eine weitere Wettbewerbsintensivierung erwartet. Was bedeutet „mehr Wettbewerb“ für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum? Welche Möglichkeiten bestehen für den einzelnen Landwirt?
Evang. Akademie Loccum, ☎ 05766-81-0, www.loccum.de

Wohin geht die bäuerliche, ökologische Landwirtschaft?

29. Febr. 2000, CFH Nürnberg
Bioland-Wintertagung.
Bioland Bayern, ☎ 0821-34680-0

Mit Biogas ...

10. - 13. Jan. 2000, Reithalle Thesdorf
Mit Biogas ins nächste Jahrtausend. Die Jahrestagung des Fachverband Biogas gilt

inzwischen als das Mekka für Biogasexperten und Interessenten.
Fachverband Biogas e.V., Am Feuersee 8, 74592 Kirchberg/Jagst, ☎ 07954-1270, Fax -1263

Landwirt als Energiewirt

14. - 15. Jan. 2000, ICC / Grüne Woche II. Internationale EUROSOLAR-Konferenz, auf der die Potenziale, Schwerpunkte und Anwendungskonzepte für die energetische Biomassenutzung behandelt werden.
EUROSOLAR e.V., ☎ 0228-361279, www.eurosolar.org

Spannungsfeld Jagd

15. Jan. 2000, 10.00 Uhr, Martinshaus Rottenburg
Fachtagung von NABU und Fachhochschule Rottenburg zum Thema „Jagd im Spannungsfeld von Leidenschaft, nachhaltiger Nutzung und Naturschutz“.
NABU Ba-Wü, ☎ 0711-96672-12

Direktvermarkter-Club

19. Jan. 2000, ICC Berlin (Grüne Woche)
Die Akademie für Agrar-Marketing und die Messe Berlin organisieren auf der Grünen Woche das 1. Treffen des „Clubs der ländlichen DirektvermarkterInnen“ (CDM). Die einzelnen Direktvermarkterinnen sehen sich noch oftmals zu sehr als Konkurrenten, obwohl sie voneinander lernen können. Dazu soll dieses Treffen dienen.

**Erzeugerzusammenschluß
NEULAND Westfalen w.V.**

Wir sind ein wachsender Erzeugerzusammenschluß, dessen Mitglieder Rinder, Schweine und Geflügel nach den Regeln von NEULAND, dem „Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung“, halten.
Wir suchen zum 1.4.2000 für unsere Geschäftsstelle in Bergkamen eine Fachkraft (staatl. geprüfter Landwirt, Agraringenieur o.ä.) als

Geschäftsführer/in für die innere Koordination des EZS und die Beratung der Mitgliedsbetriebe.

- Sie haben praktische und theoretische Kenntnisse bei Rindern, Schweinen und Geflügel.
- Sie können mit EDV umgehen. Sie sind mit Fragen der Buchführung vertraut.
- Sie haben Spaß am Umgang mit Menschen.
- Sie arbeiten gerne im Team, es reizt Sie aber auch, eigene Ideen und Visionen zu entwickeln und in die Tat umzusetzen.

Wenn diese Arbeit für Sie eine Herausforderung ist, die Sie reizt, dann schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen an
den Vorstand des EZS NEULAND Westfalen, Ibbenbürenerstr. 9, 49504 Lotte. Telefonische Auskunft unter ☎ 05404-5264



ERNTEN SIE NUR EINMAL IM JAHR ?

proVENTO

ERNTEN SIE DAS GANZE JAHR !!!

WIR HELFEN IHNEN DABEI OHNE FINANZIELLES RISIKO.
OHNE MEHRARBEIT.
MIT GARANTIERTEM ERFOLG

WIR BIETEN IHNEN FÜR GEEIGNETE FLÄCHEN
ZUR ERRICHTUNG VON WINDENERGIEANLAGEN:

- LANGFRISTIGE PACTVERHÄLTNISSE (CA. 25 JAHRE), WOBEI DAS LAND WIE BISHER FAST OHNE EINSCHRÄNKUNG GENUTZT WERDEN KANN.
- ODER
- KAUF DER FLÄCHE MIT PACTMÖGLICHKEIT FÜR SIE.

WIR INFORMIEREN SIE GERNE.

IHRE
PROVENTO-GRUPPE

KOBLENZER STR. 13
56750 KAISERSESCH
TEL.: 02653 / 590 850
FAX: 02653 / 590 850

Akademie für Agrar-Marketing, Dr. Wagenhäuser, ☎ 0511-3487950, Fax -3487942

Direktvermarktung

7. - 8. Febr. 2000, KLVHS Klaus von Flie, 97359, Müntschswitz
Seminar von Bioland Unterfranken und Naturland Süd-Ost zur Direktvermarktung und Hofladengestaltung.
Bioland-Erzeugerverein Bayern, Stefan Retzner, ☎ 09303-990468, Fax -990469

Betriebswirtschaft im Ökolandbau

8. - 9. Febr. 2000, 38486 Apertburg
Die Betriebswirtschaft im Griff zu haben ist Voraussetzung für den Betriebserfolg. Dazu gehört auch, die Kontroll- und Lenkungsmöglichkeiten zu nutzen, die sich durch Buchführung und Rechnungswesen ergeben. Das Seminar beschäftigt sich ausführlich mit der Betriebsplanung ökologischer Betriebe sowie dem Betriebs- und Personalmanagement, Buchhaltung und Kostenstellen und der Vergleich verschiedener Produktionsverfahren als Entscheidungsgrundlage für die Betriebsentwicklung sind weitere Schwerpunkte.
Bioland Mitte, ☎ 06401-9170-0, Fax -20

Kulturgeschichte des Obstbaums

9. - 12. Febr. 2000, Lauda
Die Geschichte des Obstbaums vom Wildapfel bis zum heutigen Erbsenobstbau - mit praktischen Baumschnitt-Übungen.
LVHS Lauda, Tauberstr. 9, 97922 Lauda, ☎ 09343-589190

Nachhaltige Landwirtschaft

11. - 13. Febr. 2000, 37120 Bovenden
Die Neuordnung der landwirtschaftlichen Absatzmärkte macht für die meisten Landwirte betriebliche Veränderungen notwendig. Der Kurs stellt mögliche Wege vor: Vermarktungskonzepte, Wildobst-Anbau, Permakultur ...
LVHS Mariaspfing, 37120 Bovenden-Eddighausen, ☎ 05594-95060

Wurstherstellung ohne Chemie

18. - 19. Febr. 2000, 39343 Glöning
Intensivseminar mit dem Metzgermeister und Leiter der Meisterschule für Fleischer in Kulmbach, Hermann Jacob. Die Themen Rohwurst- und Kochwurstherstellung werden in Theorie und viel Praxis vermittelt.
Bioland Mitte, ☎ 06401-9170-0, Fax -20

Von der Kuh zum Käse

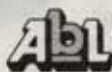
18. - 20. Febr. 2000, 24306 Plön-Koppelsberg
Oder: Wo „wachsen“ eigentlich unsere Lebensmittel? Seminar für Familien. In der Auseinandersetzung mit den Themen Landwirtschaft und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte wird begreifbar gemacht, wo „unser täglich Brot“ entsteht. Während die Kinder bei der Milchkühe im Stall, beim Backen und in anderer kreativer Tätigkeit Zusammenhänge hautnah erfahren, erarbeiten sich die Eltern auch Informationen und Wissen zu Fragen der ökologischen Landwirtschaft, der artgemäßen Tierhaltung ...
Evang. LVHS Koppelsberg, ☎ 04522-741518



Vom Bundesvorstand zur Region

Karl-Friedrich Osenberg (rechts im Bild) ist vom Bundesvorsitzenden der AbL, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, für seine langjährige Arbeit im AbL-Bundesvorstand gedankt worden. Osenberg, der jetzt aus dem Vorstand ausschied, hat die Bauernstimme (damals Bauernblatt) mit aufgebaut und die AbL als Zusammenschluss von süddeutschen und norddeutschen agrarpolitischen Bauerngruppen mit gegründet – mehrere Jahre war er ihr Bundesvorsitzender. In den letzten Jahren hat der Milchbauer aus dem Sauerland seine Aktivitäten stärker auf der regionalen Ebene konzentriert. Unter anderem ist er beteiligt am Aufbau des Vermarktungsprojektes Märkischer Landmarkt. In Altkirchen formulierte Osenberg: „Zusammen haben wir Herausragendes geleistet: wir haben eine kritische Stimme aufgebaut, die geschätzt wird in der Landwirtschaft. Die AbL steht vor großen Aufgaben, ich werde auf andere Weise als bisher daran mitarbeiten.“

Ich werde Mitglied in der



Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der AbL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Betrag von
<input type="checkbox"/> DM 200,- <input type="checkbox"/> DM 250,- oder DM _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,- | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Halbgemeinschaften von DM 200,- | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützerin einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,- |

Mitgliedsadresse:

Name	Vorname
_____	_____
Straße	PLZ, Ort
_____	_____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsmächtigung (Da für erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie wiedereinmal, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.	BLZ	Bank
_____	_____	_____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Widerspruch: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift	Datum	Beruf
_____	_____	_____

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838, Homepage: <http://www.bauernstimme.de> • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Claudia Schievelbein: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlage-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04623/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sönup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwaldt, ☎ 04326/679
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎ + Fax 05822/2368
Heide-Weser: Karlheinz Rengardt, ☎ 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05885/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ + Fax 0551/7703743

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
Herford: Friedel Gieseier, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorf, ☎ 02307/62281, Wilhelm Eckel, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995; Uta Rönnebeck, Schützenstr. 24, 35398 Gießen, ☎ 0641/86045
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf m Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Eilwerath, ☎ 06551/2636, Fax: - 985783
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutzentzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Eible, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmeht, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipeimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Bayerisches Oberland: Hans Pischelsrieder ☎ 08178/5478;
Franz-Josef Grenzbech, ☎ 08809/603
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Ettl, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758
Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurst. 6, 74405 Galdorf-Reipensberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718
Agribündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe
Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960
Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@agorant.be
Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838
Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Dalke Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugeschämren, Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeht 07553/7529, Johann Schürmann 09861/3945

Brot für die Frau und die Pille für den Mann

Wenn dem Rest der Welt schon nicht vergönnt ist, genießen zu können wie die Franzosen, so soll doch jetzt zumindest ein gesundheitsfördernder Aspekt ihrer im Ausland oft kopierten und doch nie erreichten Lebensart auch den saueröpfischsten Vertretern ohne rot-weiß-blaue Erbanlagen zugänglich gemacht werden. Man erinnere sich an die aufsehenerregende Meldung, dass Rotwein – bzw. seine Inhaltsstoffe – der vermeintliche Grund dafür ist, dass Frankreich, trotz der Neigung seiner Bevölkerung zu opulenten Gaumengentüssen, keine höhere Rate an Herzinfarktpatienten vorzuweisen hat als andere Nationen. Nun könnte man also einfach Nicht-Franzosen einen stetigen, aber maßvollen Rotweinkonsum empfehlen. Vielleicht jedoch deshalb, weil Herzinfarkte hauptsächlich Männer malträtierten und viele Vertreter dieses Geschlechts – zumindest im Umgang mit Alkohol – wenig maßvoll sind, sicherer aber schon deswegen, weil die Biotechindustrie Profit wittert, gibt es die gesundheitsfördernden – nämlich die den Cholesterin-Stoffwechsel positiv beeinflussenden – Antioxidantien und Polyphenole, nun in Bonbonform. Als Zugabe schmecken sie sogar noch nach Rotwein, enthalten aber eben keinen Alkohol. Vorgestellt auf der Biotechnica in Hannover, sollen bereits 3 Bonbons den menschlichen Tagesbedarf an Herzrettern decken.

Damit aber nicht nur die WinzerInnen, wenn auch keinen finanziellen, so doch zumindest einen Imagegewinn ihres Produkts verbuchen können, sondern auch die übrige Landwirtschaft etwas davon hat, arbeitet die „Norddeutsche Pflanzenzucht“ derzeit an dem Projekt „Napus 2000“. Dieser neuen Rapskreation sollen besondere Inhaltsstoffe und eine für Herzpatienten besonders günstige Fettsäurezusammensetzung angezüchtet werden. Und als Tüpfelchen auf dem i gibt es dann noch das aus Rotwein geklonte Gen für die erhöhte Antioxidantien-Produktion dazu.

Raps- und Rotweinpillen sind nur ein kleiner Bereich, in dem sich Pflanzenzüchter, Bio- und Lebensmitteltechnologien derzeit Hoffnungen machen, die Gentechnik den VerbraucherInnen doch noch schmackhaft zu machen. Das weite Feld des Functional Food – Lebensmittel, die neben der Befriedigung von Bedürfnissen wie Ernährung und Genuss noch einen Zusatznutzen für KonsumentInnen bergen – bietet unendliche Gestaltungsmöglichkeiten, sei es Omega-Brot mit der Extrapolation Calcium (Kampf der Osteoporose! bzw. während Männer Rotwein lutschen, dürfen Frauen nur trockene Brot knabbern) oder die Zukunftsvisionen vom individuell für die Bedürfnisse des Stoffwechsels eines jeden Individuums maßgeschneiderten Lebensmittels. Auch in Houston hat man sich des Problems bereits angenommen, das NASA Food Technology Commercial Space Center hat zum Ziel, abwechslungsreiche und schmackhafte Nahrung für monatelange Aufenthalte im Welt- raum zu entwickeln. Wie damals der Instandkaffee wird auch diesmal irgendetwas für die Daheimgebliebenen dabei abfallen.

Wie gesund oder gesundheitsfördernd die neuen Lebensmittel aus dem Chemiebaukasten tatsächlich sind, darüber scheiden sich derzeit noch die Geister. Erforscht ist zum Beispiel, dass jene herzschonenden Antioxidantien aus Pillen vom Körper schlechter aufgenommen werden, als wenn sie in natürlichen Lebensmitteln verabreicht werden, wie groß der Wirkungsverlust des In-die-Pille-Pressens allerdings ist, lässt sich bisher schwer sagen. Zudem befürchten einige ErnährungswissenschaftlerInnen, dass Functional Food sehr schnell zur Gewissensberuhigung an-

gesichts fehlerhafter Ernährung bei VerbraucherInnen führen kann oder zu einseitiger Ernährung, weil z. B. Osteoporosepatientinnen nur noch auf den Calciumgehalt ihrer Nahrung achten.

So hat die Ökoszene auf einer eigens zum Thema Functional Food veranstalteten Tagung denn auch festgestellt, dass sie den Trend nicht verschläft, sondern getrost passieren lassen kann, wenn auch es immer wichtiger und schwieriger wird, sich deutlich abzusetzen, von dieser neuen Generation von Gentech-Lebensmitteln, die nun mit dem Label „gesund“ um die Gunst der VerbraucherInnen buhlt.



Gesundheit wünscht man sich häufig zum Jahreswechsel – ob wir bei den nächsten Millenniumsfeierlichkeiten 2000 allerdings unsere Sektpille auf ein gutes neues erheben, uns zuprosten und in Erinnerungen an längst vergangene Zeiten schwelgen, als zu Sylvester noch Korkengknalle und Gläserklingen gehörte, lässt sich so genau noch nicht sagen. Was sich allerdings sagen lässt, ist dass sich bestimmte Genusswerte und eine Lebensqualität, die mit Essen und Trinken verbunden ist, gottseidank auch zukünftig nicht in Pillen pressen lassen werden. Insofern verändert womöglich die Rotwein- oder Rapskreation keine einzige Herzinfarktstatistik, sondern lediglich die Jahresgewinnbilanz zugunsten ihrer Konstrukteure.

Damit sich auch die Jahresgewinnbilanz der Bauernstimmen-Konstrukteure hebt, haben wir von uns aus bereits die bittere aber notwendige Pille der Abo-Preiserhöhung gedreht. Nun ist es an jedem Einzelnen, diese als liebliches Bonbon dem oder der einen oder anderen neuen Abonnentin schmackhaft zu machen.

UNABHÄNGIGE

Bauernstimme: für guten Geschmack

1/2000

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 70,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 120,- DM im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 35,- bzw. DM 70,- für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung. Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abzeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnentin / des Abonnenten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242-47838